

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg, Neuhofstr. 2. Bei den Postämtern 2.50 Mk. Vierteljährlich. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren für fünfzehntägige Beilagen 15 Pf. Verlagsliste Nr. 7928

Nr. 107.

Magdeburg, Donnerstag, den 10. Mai 1900.

11. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Transitlager. Unfallversicherung.

Berlin, den 8. Mai 1900.

Im Reichstage fand heute zunächst eine agrarische Gefechtsübung statt. Seit einiger Zeit benennen die Agrarier jede Gelegenheit, um der Regierung Benachteiligung der landwirtschaftlichen Interessen vorzuwerfen. Ob es sich um die Flotte, ob es sich um die Verpflegung des Heeres, ob es sich um die Beschickung der Pariser Weltausstellung oder um die Subvention der Afrikaampfer handelt: mit der Regelmäßigkeit, mit der Störche und Schwalben im Frühling hereinfliegen, erheben sich die Agrarier und sängen das alte, rührende, aber leider arg abgeleierte Lied vom Achenbrödel Landwirtschaft. Der Zweck dieses Spiels ist klar. Alle diese Vorklässe, die in ihrer Vereinzelnung sich als Donquixottereien ausnehmen, gewinnen Plan und Zusammenhang, wenn man sie als Vorübungen zu der großen Schlacht betrachtet, die das Zunkertum bei der Beratung der Handelsverträge seinen Gegnern zu liefern entschlossen ist. Nur unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, bot die heutige Reichstagsverhandlung über die Interpellation des Grafen Schwerin-Löwit betr. die Aufhebung der Transitlager sowie der Zollkredite ein höheres Interesse. Denn was die Herren Grafen Schwerin und Klinskowström, Gamp, Herold — das Centrum, dem der letztgenannte Abgeordnete angehört, veragariert mehr und mehr — vorbrachten, zeichnete sich durch alles andere eher denn durch den Reiz der Neuheit aus. Festgenagelt mag werden, daß der Graf Schwerin auf die Bedeutung hinwies, die erhöhten Einnahmen aus den Zöllen gerade in Hinblick auf die Flottenvermehrung innezuwohne. Dr. Ribbeck-Kaiserlautern schmelgte wieder in Sehnsucht nach den vergangenen Tagen Bismarckscher Herrlichkeit. Reichstagssekretär v. Thielmann unternahm bewies aufs neue seine Meisterschaft im Verdrösten; die Wörterchen „Nein“ und „Ja“ scheinen in seinem Sprachhabe nicht zu existieren. Von den nichtagrarischen Abgeordneten ließ sich allein Herr Nickerl verleben, sich an der total überflüssigen Debatte zu beteiligen.

Nachdem dies Spektakelstück glücklich vorübergerauscht war, wandte sich das Haus wieder der Weiterberatung der Novelle zur Unfallversicherung zu, die gestern bei § 11 stehen geblieben war. Die Beratung der ersten Paragrafen bot wenig Bemerkenswertes. Zu einem heftigen Gefecht führte die Beratung über den § 57. Dieser handelt von der Festsetzung der Rente in erster Instanz. Die Kommission hatte einige bescheidene Verbesserungen in die Regierungsvorlage hereingebracht. Mehr als bescheiden, wie diese Verbesserungen waren, haben sie doch genügt, den wilden Zorn der Unternehmer zu erregen. Die Stimm und die Hilbe wollen keine Mitwirkung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der unteren Verwaltungsbehörden bei den ersten Feststellungen. Der sozialdemokratische Antrag — Beteiligung von Arbeitervertretern an der Rentensfestsetzung — hatte, wie gewöhnlich, alle bürgerlichen Parteien gegen sich; als Genosse Hoch ihn geschickt begründete und mit gerechtfertigter Schärfe — die ihm einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrug — gegen die Rechte polemisierte, vergnügten sich die Junter mit Heulen und Lärmachen. Aber auch die Kommissionsfassung — Beteiligung der unteren Verwaltungsbehörden an der Rentensfestsetzung — fand nicht die Mehrheit. Herr von Stumm drohte mit — Streik, nämlich mit Niederlegung seines berufsgenossenschaftlichen Amtes; der „Freisinnige“ Schmidt-Eberfeld und Herr Hilck, der sich auch „liberal“ nennt, brachten ihm Sulturs; vergebens erhob sich Ribbeck-Deffau für die Kommissionsfassung und das Kompromiß: in einer allerdings zweifelhaften Abstimmung wurde der Antrag Stumm angenommen (durch die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen). Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Centrums und des Abgeordneten Ribbeck-Deffau wurde alsdann der § 57 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Morgen soll die Beratung bei § 61 weitergehen. Vorher steht die dritte Lesung der Dampfer-Subventionsvorlage auf der Tagesordnung.

Unser M.-Korrespondent berichtet uns über die Sitzung wie folgt:

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung. Dienstag, den 8. Mai 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Frhr. v. Thielmann. Die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1897/98 wird in zweiter Beratung debattelos genehmigt. Es folgt die Beratung folgender Interpellation der Abgg. Graf Schwerin-Löwit (kons.) und Gen.:

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu erteilen, weshalb der Bundesrat zu den wiederholten Beschlüssen des Reichstages betr. die Aufhebung der gemischten Privat-Transit-

lager und Mühlenkonten, sowie besonders zu der letzten unter dem 10. März 1897 mit großer Mehrheit vom Reichstag angenommenen Resolution, betr. die Einschränkung der bei der Einfuhr von Getreide zinsfrei gewährten Zollkredite — weder in zustimmendem noch in ablehnendem Sinne Stellung genommen hat?

Reichstagssekretär Frhr. v. Thielmann erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Graf Schwerin-Löwit (kons.): Die Verantwortung für unserer Interpellation ist die Aufhebung des Herrn Reichstagssekretärs vom 28. März d. J., wonach auch die Landwirte über die Bedeutung der gemischten Transitlager verschiedener Ansicht sein sollen. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung dieser Lager sind wir aber alle der gleichen Ansicht. Diese Forderung ist so berechtigt, daß sie die Regierung endlich respektieren sollte. Auch eine dilatorische Behandlung der Frage können wir nicht dulden. (Bravo! rechts.)

Reichstagssekretär Frhr. v. Thielmann: Wir stehen in voller Vorbereitung eines neuen Posttarifes und eines Posttarifgesetzes. Dieses Gesetz soll Ihnen binnen Jahresfrist vorgelegt werden. Es wird Bestimmungen enthalten über den Transitverkehr und über die Zollkredite. Der Entwurf befindet sich noch im Stadium der Beratung bei den verschiedenen Ressorts. Ich bin aber ermächtigt zu erklären, daß die preussische Regierung der Abschaffung der Zollkredite geneigt ist. Ob nun freilich die Zollkredite abgeschafft oder vom Bundesrat gegen angemessene Verzinsung bewilligt werden, ist heute noch eine offene Frage. Die Angelegenheit ist von erheblicher Wichtigkeit und verlangt daher reifliche Erwägung. Ich bitte Sie deshalb, die Verlegung des neuen Posttarifgesetzes abzuwarten.

Auf Antrag des Abg. Spahn (Centr.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Herold (Centr.): Der Herr Staatssekretär hat anerkannt, daß eine Abänderung des bestehenden Zustandes notwendig sei. Das Interesse der Landwirtschaft fordert aber möglichst baldige Beseitigung der Transitlager. Die Landwirtschaft sollte nicht immer bis zum Abschluß der neuen Handelsverträge vertrieben werden.

Abg. Dr. Ribbeck-Kaiserlautern (B. d. L.): Der Herr Staatssekretär hat absolut keinen Grund angegeben, warum der Bundesrat zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen hat. Seit 1895, wo der preussische Staatsrat die gemischten Transitlager zur Abschaffung empfohlen hat, ist alles still geworden. Es handelt sich hier um die Beseitigung einer fundamentalen Ungerechtigkeit, und doch hat die Regierung anscheinend kein Bestreben für diese Frage. Man vertritt uns immer wieder auf die neuen Verhandlungen über die Zölle. Das müssen ja herrliche Zeiten werden. Jedenfalls sollten unsere berechtigten Forderungen, die auch von der preussischen Regierung längst als richtig anerkannt sind, endlich erfüllt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Gamp (Np.): Ich stehe auf dem Standpunkt des Bundesratsbeschlusses von 1894, der alle Transitlager aufgehoben wissen wollte, von denen ein erheblicher Absatz nach dem Inlande stattfindet. Aber auch ich meine, daß wir mit der Aufhebung nicht bis zum Abschluß der neuen Handelsverträge warten dürfen.

Abg. Graf v. Klinskowström (kons.): Die Aenderung des Mühlenregulativs war notwendig. Dadurch, daß wir für sie eingetreten sind, haben wir uns durchaus nicht für die Mühlenkonten ausgesprochen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Graf Schwerin-Löwit (kons.) und Nickerl (fr. Bg.) schließt die Besprechung der Interpellation.

Dannmehr wird die zweite Lesung der Unfallversicherung bei § 11 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes fortgesetzt.

Die §§ 11—15 werden debattelos angenommen.

§ 16 bestimmt, daß die Berufsgenossenschaften ihre innere Verwaltung sowie ihre Geschäftsordnung durch ein von der Genossenschaftsversammlung zu beschließendes Statut regeln.

Hierzu beantragen die Sozialdemokraten folgenden Zusatz: „Die Hälfte der Genossenschaftsversammlung hat aus Arbeitervertretern zu bestehen, die auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts durch die großjährigen Arbeiter der unfallversicherungs-fähigen Betriebe zu wählen sind.“

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Die Berufsgenossenschaften greifen wesentlich in die Interessen der Versicherten ein. Ihr Vorstand hat in erster Linie die Befugnis der Rentensfestsetzung und die Sorge für die Durchführung der Unfallversicherungsbestimmungen. Da müssen auch die Arbeiter an den Genossenschaftsversammlungen beteiligt sein. Sie sollten das Recht haben, über ihre Interessen mit abzustimmen. Im Interesse des sozialen Friedens sollten Sie unseren Antrag annehmen.

Abg. Dr. Hitze (Chr.): Die Regierung ist auch diesmal nicht dafür zu haben, daß die Arbeiter mehr an der Verwaltung beteiligt werden. Wir müssen uns also damit bescheiden. Vielleicht gelingt ein späterer Versuch.

Abg. Fischbeck (freis. Bp.) erklärt sich aus denselben Gründen gegen den Antrag.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Es ist doch merkwürdig, so vorzugehen. Die Herren halten unseren Antrag für notwendig, wollen ihn aber nicht ins Gesetz aufnehmen. Reformiert man so? Das Mantelgesetz bestimmt in § 20, daß die Berufsgenossenschaften Arbeitsnachweise organisieren dürfen; in diesen sollen Arbeiter und Unternehmer zu gleichen Teilen an der Verwaltung beteiligt sein. Diese Bestimmung schwebt vollständig in der Luft, wenn Sie unseren Antrag ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Sozialdemokraten wird hierauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und § 16 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso die §§ 17—20.

§ 51 handelt von der Anzeigepflicht der Unfälle. Die Sozialdemokraten beantragen, daß auch der zuständigen Krankenkasse Meldung von dem Unfälle zu erstatten ist.

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.): Der Unternehmer soll nicht nur der Berufsgenossenschaft, sondern auch der Krankenkasse Mitteilung von einem Unfälle zu machen verpflichtet sein. Die Krankenkassen klagen, daß sie oft von Verletzten keine Nachricht erhalten, ob der Unfall ein Betriebsunfall gewesen ist.

Abg. Dr. Hitze (Centr.) erklärt, die Kommission habe den Antrag als überflüssig abgelehnt, weil anzunehmen sei, daß die Krankenkassen soviel Interesse an ihren Versicherten nähmen, um sich nach der Natur der Krankheiten zu erkundigen.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt und § 51 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso die §§ 52—54.

Zu § 55 wird ein sozialdemokratischer Antrag debattelos abgelehnt, wonach dem Bevollmächtigten der Krankenkasse, der an der Untersuchung teilgenommen hat, und ebenso den Zeugen von der Berufsgenossenschaft als Entschädigung ihr Tagelohnsatz gezahlt werden soll.

§ 55 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 56. § 57 handelt von der Feststellung der Entschädigung. Die Kommission hat folgende Zusätze beschloffen:

„Dem Entschädigungsberechtigten sind die Unterlagen, auf Grund deren die Feststellung der Entschädigung erfolgen soll, durch Vermittlung der unteren Verwaltungsbehörde vorzulegen. Diese hat den Entschädigungsberechtigten zu Protokoll zu hören, auf Kosten der Berufsgenossenschaft die ihr erforderlich scheinenden weiteren Ermittlungen vorzunehmen und in jedem Falle auf Antrag den behandelnden Arzt zu hören. Steht der behandelnde Arzt zu der Gewissenshaft in einem Vertragsverhältnis, so ist auf Antrag ein anderer Arzt zu hören. Dem Entschädigungsberechtigten kann gestattet werden, einen Beistand zuzuziehen und im Falle der Weigerung sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.“

„Die entstandenen Verhandlungen sind der Berufsgenossenschaft zu übersenden. Wieht der Entschädigungsberechtigte keine Erklärung ab, so ist der Berufsgenossenschaft hiervon alsbald Nachricht zu geben.“

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.) beantragt, diese beiden Absätze zu streichen und folgenden Absatz der Regierungsvorlage wiederherzustellen: „Von der Feststellung der Entschädigung ist dem Entschädigungsberechtigten durch Mitteilung der Unterlagen auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern.“

Die Sozialdemokraten beantragen, dem Absatz 1 des § 57, welcher ausspricht, daß die Feststellung der Entschädigungen durch einen Ausschuss des Sektionsvorstandes oder durch besondere Kommissionen oder durch örtliche Beauftragte (Beiratsmänner) oder durch den Sektionsvorstand zu bewirken ist, folgende Worte hinzuzufügen:

„Diese Beschlüsse sind im Verein mit Arbeitervertretern, die in gleicher Zahl und mit denselben Rechten wie die Vorstandsmitglieder bei den Beschlüssen mitzuwirken haben, zu fassen. (Rentensfestsetzungskommissionen.)“

Außerdem soll dem von der Kommission eingeschalteten ersten Absätze zugefügt werden:

„Der Entschädigungsberechtigte ist nicht verpflichtet, einer Vorladung vor die untere Verwaltungsbehörde Folge zu leisten. Er ist jedoch berechtigt, seine Anträge und Erklärungen auch schriftlich einzureichen.“

Dem zweiten Absätze soll zugefügt werden hinter dem Worte „Verhandlungen“ am Eingange die Worte: „und eingereichten Erklärungen.“

Abg. Dr. Lehr (natf.) bittet um Annahme des Antrags Stumm, weil die Fassung der Kommission den unteren Verwaltungsbehörden eine zu große Arbeitslast auferlege und nur Verschleppung der Entscheidung über die Höhe der Rente dadurch bewirkt werde.

Abg. Hoch (Soz.): Heute fallen leider alle Rechte der Berufsgenossenschaft zu. Sie können alle vorbereitenden Handlungen ganz in ihrem Sinne vornehmen. Der Arbeiter dagegen steht dem Verfahren in erster Instanz mit gebundenen Händen gegenüber. Der Herr Vorredner hat auf den Schlussatz in § 57 des bestehenden Gesetzes hingewiesen. In der Kommission ist aber anerkannt worden, daß diese Bestimmung in der Praxis absolut keinen Wert hat. Dagegen hat die einseitige Feststellung der einen Partei in der ersten Instanz für den Arbeiter wichtige Folgen. Hat er binnen vier Wochen keinen Widerspruch erhoben, so ist die Entscheidung der Berufsgenossenschaft stehendes Recht. Aber auch, wenn er diese Frist nicht verläßt, bleibt doch, solange das Verfahren schwebt, die Entscheidung in Kraft, und hier handelt es sich meist um Monate. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also gerade in der Zeit, wo er auf die Rente am meisten angewiesen ist, bekommt er das Geld nicht. Früher hoffte man, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes würden die Klagen über die diesen Prozesse bestimmen. Diese Klagen können aber gar nicht ausbleiben, wenn die erste Instanz so ungerichtet gestaltet ist. Gewiss kann man über die Wege zur Verbesserung verschiedener Ansicht sein. Aber einfach wie Dr. Lehr jagt, wir lassen alles beim alten, das ist doch recht charakteristisch für das sozialpolitische Empfinden der Nationalliberalen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zu der Kommission hatten wir zwei Wege, um zu Verbesserungen zu gelangen. Einmal sagten wir: Die jetzige erste Instanz soll ganz beseitigt und dafür das Schiedsgericht zur ersten Instanz gemacht werden; die höhere Instanz soll das Reichsversicherungsamt sein. Dieser Weg ist leider von der Kommission abgelehnt worden. Darum brachten wir unsern Antrag ein, wonach die Beschlüsse über die zu zahlende Entschädigung im Verein mit den Arbeitern zu fassen sind. Von einer solchen Körperlichkeit können wir nach unseren Erfahrungen mit der Gewerbeberechtigten eine gerechte Regelung der Frage erwarten. Wir wissen freilich, welcher Widerwille unseren Anträgen gegenüber bei den bürgerlichen Parteien herrscht. Sie werden wahrscheinlich auch diesen Antrag ablehnen. Wir haben uns deshalb gefragt, wie weit der § 57 unseren Wünschen entspricht, und haben deshalb, um das Verfahren zu vereinfachen, unseren Zusatzantrag gestellt, nachdem der Entschädigungsberechtigte seine Erklärung auch schriftlich abgeben kann. Sie wissen aus den Zeitungen auch, wie oft die Arbeiter über das ärztliche Gutachten zu klagen haben. Einige Ärzte sind leider willkürliche Werkzeuge der Berufsgenossenschaften. Bei solchen Verhältnissen bietet aber auch schon die Vorlage eine wesentliche Verbesserung und deshalb wünschen wir nicht, daß sie abgelehnt werde. Wenn wir die Besserung nicht in dem von uns gewünschten Umfang erreichen können, wollen wir wenigstens den ersten Schritt dazu machen. Jedenfalls ist hier Gelegenheit, Licht und Schatten weit gerechter zu verteilen, als es jetzt der Fall ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Alle Berufsgenossenschaften haben sich mit größter Entschiedenheit gegen die Kommissionsbeschlüsse gewandt, deren Streichung ich beantragt habe. Die Vorschläge würden nur eine monatelange Verzögerung in der Festsetzung der Rente zur Folge haben. Sie stellen außerdem die Berufsgenossenschaften unter die Bevormundung der Schiedsrichter und der unteren Verwaltungsbehörden. Ich bitte Sie also dringend die Absätze 3 und 4 der Kommissionsfassung abzulehnen. Zugabe ist höchstens, daß die Forderung ein anderer Arzt müsse gehört werden, wenn der behandelnde Arzt in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht, berechtigt ist und ich stelle hiermit einen dahingehenden Eventualantrag. Sollten meine beiden Anträge abgelehnt werden, so müßte ich gegen das ganze Gesetz stimmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn ich auch das Streichen berechtigt finde, daß der Verletzte selbst bei der Rentensfestsetzung gehört werde, so stehen doch der Fassung der Kommission erhebliche Bedenken gegenüber, da sie in der That eine übermäßige Belastung der unteren Verwaltungsbehörde zur Folge haben würde.

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Kommission hat die Rente in der ersten Instanz durch die Berufsgenossenschaft festsetzen lassen. Das ist ein großer Schritt nach vorn. Ich bitte Sie, diesen Schritt nicht rückwärts zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Verlangen, daß außer dem Arzt der Berufsgenossenschaft derjenige Arzt gehört werde, der den Kranken behandelt hat, ist dagegen durchaus gerechtfertigt. Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere soziale Gesetzgebung verständig wirken soll und es kann auf den Verletzten nur beruhigend wirken, wenn er weiß, daß auch sein Arzt gehört wird.

Abg. Frhr. v. Nischhofen schließt sich den Ausführungen des Abg. Frhr. v. Stumm vollkommen an. Die Kommissionsbeschlüsse seien in der That unansprechbar, da sie eine zu große Belastung der unteren Verwaltungsbehörden bedeuten.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß neben dem von dem Abg. v. Stumm beantragten Eventualantrage sein Antrag auf die Wiederherstellung des Absatz 8 der Regierungsvorlage aufrecht erhalten bleibe.

Abg. Nische Deffen Mittel, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen, die auf Grund eines Kompromisses zu Stande gekommen seien. Der Verletzte muß jedenfalls gehört werden; dies Recht wird ihm durch den Antrag Stumm genommen. Wenn Herr v. Stumm ohne Verzögerung in der Festsetzung der Rechte stricke, so könnten ja die Berufsgenossenschaften Vorschläge an den Verletzten zahlen, wie das heute schon die Mehrzahl derselben thut. Zu meinem Bedauern hat sich nun auch der Staatssekretär auf die Seite der Gegner der Kommissionsbeschlüsse gestellt.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt nochmals, daß er lediglich praktische Bedenken gegen die Kommissionsbeschlüsse habe.

Abg. Dr. Hilde (natl.): So wie heute kann die Rentenfestsetzung in Zukunft nicht mehr erfolgen. Gerade die erste Feststellung ist von größter Wichtigkeit. Die Lösung der heute entstandenen Schwierigkeit ist vielleicht darin zu finden, daß die erste Feststellung dem Schiedsgericht überlassen wird.

Abg. Hoch (Soz.): Herr Stumm hat bestritten, daß die Arbeiter mit den Feststellungen der ersten Instanz nicht zufrieden seien. Dagegen spricht die große Zahl der Beschwerden. Herr von Nischhofen hat bestritten, daß gegen die ärztlichen Gutachten überhaupt Vorschwerden eingeleitet würden. Es ist bedauerlich, daß bei diesem Gesetz Herren mitwirken, die keine bloße Übung von den Beschwerden der Arbeiter haben. (Who! recht!) Die Eingaben der Berufsgenossenschaften werden gütlich studiert, auch am grünen Tisch, aber die Eingaben der Arbeiter, selbst der Arbeitervertreter beim Reichs-Vericherungsamt werden gar nicht studiert. Es kann gar nicht bestritten werden, daß bei einem großen Teil der Berufsgenossenschaften die Vertrauenssätze mit den Untersuchungen betraut werden. Herr von Stumm hat mit dem stichhaltigen Ergebnis gedroht, daß er nicht mehr mitmachen will, er droht mit dem Streit. Es ist nur gut, daß wir die Buchhaltungsberichte verhandelt haben, das wäre ja ein gemeinheitsfähiger Streit. (Heiterkeit.) Sollten die übrigen Herren Unternehmern seinem Beispiel folgen, dann würden die Arbeiter schon selbst die Verwaltung führen, worauf sie ja auch einen berechtigten Anspruch haben. Dem bezahlten etwa die Unternehmern die Kosten aus ihrer Privatbörse? Sie buchen sie ja auf die Geschäftskosten, als Arbeitslöhne. Hier handelt es sich ja gar nicht einmal darum, daß die Kosten der Berufsgenossenschaften erhöht werden, sondern nur darum, daß der Arbeiter das erhält, was ihm im Gesetz versprochen wird. Freilich, wenn es gilt, dem Arbeiter sein gutes Recht streitig zu machen, dann können die Herren von den Rechten keine Umständlichkeit und haben kein Gefühl für Gerechtigkeit und Billigkeit. (Wärm recht!)

Präsident Graf Ballestrem: Das dürfen Sie nicht sagen, das ist unparlamentarisch.

Abg. Hoch (fortfahrend): Nun, die Arbeiter sind sich klar genug darüber, daß die Rechte mit allen Mitteln jede Verbesserung bereiten will. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Eberfeld (freif. Sp.): Herr Nische hat von einem Kompromiß gesprochen. Meine Freunde haben bereits in der Kommission gegen die letzten Absätze dieses Paragraphen gestimmt und werden auch heute den Antrag Stumm beiführen.

Damit schließt die Diskussion.

Zu der Abstimmung werden die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Anträge Stumm gegen die Stimmen des Centrums, der Sozialdemokraten und des Abg. Nische angenommen. Ebenso § 57 in der so veränderten Fassung.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung, Mittwoch, 1 Uhr. (Dritte Lesung der Novelle zum Gesetz betr. Postdampferverbindungen mit Afrika. Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 7 Uhr.

Die Zollerhöhungen für die Flotte.

Die Budgetkommission erledigte am Dienstag die Anträge der Flottenparteien auf Zollerhöhungen für Schaumweine, Branntweine und Bier. Alle Zollerhöhungen wurden entsprechend den Anträgen angenommen. Die Minorität setzte sich zusammen aus den Freisinnigen einschließlich des Abgeordneten Frese, den Sozialdemokraten, wozu in einzelnen Fällen noch der Vertreter der Antisemiten kam. Kleiner war die Mehrheit bei dem Antrag auf Zollerhöhung für Bier, der bei seiner Einbringung vom Centrum nicht unterstützt worden ist. Die Abgeordneten Noeren und Müller-Fulda stimmten gegen diese Zollerhöhung, doch wurde dieselbe mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen. Damit ist die erste Beratung des Zolltarifgesetzes in der Kommission erledigt. Ueber die Beratung der Budgetkommission wird uns folgendermaßen berichtet:

Die Kommission tritt zunächst in die Beratung des Antrages Wasser mann u. Gen. ein, der zur Bedeckung der Kosten der Flottenvorlage Zollerhöhungen auf Liqueure, Bier und Schaumwein vorschlägt. Staatssekretär Frhr. v. Tschielmann erklärt, die Regierung beabsichtigt, ein Schaumweinsteuergesetz im Herbst vorzulegen. Früher sei eine solche Vorlage wegen der komplizierten Einrichtungen, die dabei in Betracht kommen, nicht möglich. Abg. Richter und Abg. Frese (Freif. Bgg.) wünschen die Zollerhöhung für ausländischen Schaumwein bis zur Vorlegung des Schaumweinsteuergesetzes zu vertagen. Abg. Graf Stolberg (kons.) erblickt in der sofortigen Zollerhöhung auf ausländische Schaumweine eine Erleichterung für die inländische Produktion. Abg. Müller-Fulda hält es für gut, wenn die Zollerhöhung sofort in Kraft trete. Abg. Richter hält die Annahme der Schaumweinsteuer für fraglich, da die Schaumweinfabriken mächtige Güter befähigen. Abg. Dr. Paasche (natl.) beantragt folgende Resolution: „den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der im Inlande hergestellten Schaumweine einleitet und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlenäure hergestellten Schaumweine schafft.“ Bei der Abstimmung wird die beantragte Zollerhöhung für Schaumweine von 80 auf 120 Mark, ebenso die vorgeschlagene Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Wasser mann, betr. Zollerhöhung auf Liqueure: statt 180: 240 Mark, und auf alle übrigen Branntweine: in Fässern statt 125: 160 Mark, in Flaschen, Krügen oder andern Umhüllungen statt 180: 240 Mark. Abg. Dr. Paasche beifügt diese Erhöhung, welche sich als eine mäßige darstelle, zumal auch die Preise des Rums heruntergegangen seien. Abg. Richter äußert Bedenken. Er würde lieber eine Aufhebung des Abzuges sehen. Ein Regierungskommissar giebt eingehende Berechnungen, aus denen hervorgeht, daß die vorgeschlagene Zollerhöhung eine Mehreinnahme von zwei Millionen ergeben würde. Er empfiehlt den Antrag. Abg. Hebel: Der Antrag verleihe gegen die Zusage, Konsumartikel der Masse nicht zu besteuern. Hauptächlich die norddeutsche Klaffenbevölkerung, die Grogg mit Vorliebe als Stärkungsmittel genießt, werde hier betroffen. Es trete eine Schädigung der arbeitenden Klassen ein, darum sei die Zollerhöhung zu verwerfen. Abg. Frese beantragt, Num und Weat in Fässern von der Steuererhöhung frei zu lassen. Der Antrag Frese wird abgelehnt. Die beantragten Zollerhöhungen werden unverändert angenommen.

Es folgt der Antrag, den Zoll auf ausländisches Bier und Mehl von 4 auf 6 Mark zu erhöhen. Abg. Dr. Paasche berechnet

hier die Mehreinnahmen auf 1,4 Millionen und bekräftigt den Antrag. Die Zollerhöhung erfolge nur aus Oesterreich und England. Das Bismarck Bier sei kein Konsumartikel des kleinen Mannes. Abg. Noeren (Centr.) will nur das englische Bier besteuern, da das Bismarck Bier in Deutschland eingebürgert und außerdem für Baderkrankte gesundheitlich notwendig sei. Abg. Prinz Arenberg ist für die Besteuerung des Bismarck Bieres. Es handle sich nur um große Brauereien, die den Zoll sehr gut tragen können. Der Vertreter Bayerns, Frhr. v. Stengel, steht dem Antrage sympathisch gegenüber. Abg. Müller-Fulda ist gegen die Besteuerung des Bismarck Bieres, das ein gesundes Bier sei, man soll dessen Einfuhr nicht erschweren. So lange man noch Surrogate verarbeite, sei, wer gesundes Bier trinken wolle, vielfach auf Bismarck angewiesen. In Sachsen sei das Bismarck Bier sogar Gemütmittel der Arbeiter, also kein Luxusartikel. Abg. Hebel bekämpft die Zollerhöhung, die eine Flottalast gegen Oesterreich darstelle. Den Antrag hätte man taftvoller jezt bei dem Kaiserbesuch unterlassen sollen. Die Zollerhöhung widerspreche wiederum dem proklamirten Programm, den Konsumartikel der Massen zu schonen. Bismarck werde auch vielfach von kleinen Leuten getrunken, und in Hamburg sei auch englisches Bier kein Luxusartikel. Staatssekretär Frhr. v. Tschielmann erklärt, daß Bier außerhalb des Zolltarifgesetzes stehe, also eine Erhöhung des Zolltarifs keine Unfreundlichkeit gegen Oesterreich bedeute. Bei der Abstimmung wird die Zollerhöhung für Bier mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen. Der beantragte Zoll für Schwefelzucker wird darauf nach kurzer Debatte ebenfalls angenommen. Mittwoch steht in der Kommission der Nachtragsetat auf der Tagesordnung sowie die Befragung der Besteuerung der Kompensationsgesellschaften der Banken. Die zweite Lesung der Flottenvorlage dürfte in der Kommission voraussichtlich am Freitag beginnen.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Vom Verkehrsrußel des Centrums. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags am Dienstag gab vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Müller-Fulda (Centrum) folgende Erklärung ab: „In Zeitungsberichten über die letzte Kommissionsitzung, welche von einem Mitgliede dieser Kommission verfaßt wurden, findet sich die Behauptung, ich hätte hier geäußert: „Der Verkehrsrußel muß aufhören, der Verkehr muß eingeschränkt werden.“ — und ferner: „Auf den Schiffen wird den ganzen Tag Champagner getrunken und ein unerhörter Luxus getrieben.“ Demgegenüber will ich feststellen, daß ich in der letzten Sitzung ausdrücklich hervor gehoben habe: „ein Abgeordneter einer anderen Partei habe im Plenum des Reichstages gelegentlich der Debatte über Eisenbahntarife, diese Bemerkungen über den „Verkehrsrußel“ gemacht, die ich hier nur als Meinungsäußerung eines Dritten anführte. Ebenso habe ich mich bezüglich des Luxus auf den Schiffen lediglich auf diejenige Erklärung bezogen, welche hierüber von einem einer anderen Partei angehörigen Kommissionsmitglied in der Sitzung vom 28. März dieses Jahres gemacht worden ist. Ich darf wohl erwarten, daß diejenigen, welche solche aus dem Zusammenhang gerissenen Worte als angebliche Erklärungen von mir publizistisch verwenden, entsprechende Richtigstellung eintreten lassen.“ Herr Müller scheint aber dadurch, daß er diese Äußerungen anführte, sich dieselben zu eigen gemacht zu haben.

Für den Totalisator und dessen Vereinerung von der beabsichtigten Verdoppelung des Lotteriestempels tritt jezt das preussische landwirtschaftliche Ministerium ein. In der Budgetkommission selbst ist kein Antrag gestellt worden zu Gunsten des Totalisators, aber die Meinungen der Abgg. Graf Stolberg und von Kardorff ließen schon eine Intervention für den Totalisator erwarten. Das landwirtschaftliche Ministerium hat nicht weniger als vier Rommissare angekündigt, welche zunächst in der Budgetkommission bei der zweiten Beratung für den Totalisator eintreten sollen. Dieser Eifer für den Totalisator kontrastiert mit der Gelassenheit, mit welcher die Ministerien alle anderen neuen Steuern auf Handel und Verkehr hinnehmen. Allerdings gehört das Wetten auf den Rennplätzen am Totalisator ja auch zu den standesgemäßen Mäßen der „Edelsten und Besten“. Für deren Bedürfnisse hat man im landwirtschaftlichen Ministerium eine feine Bitterung.

Gegen die neuen Börsesteuern haben die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft dem Reichstag eine Eingabe überreicht. Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer werde einen solchen Rückgang der Geschäfte zur Folge haben, daß die erstrebten Mehreinnahmen des Reiches ausbleiben müssen. Die demnach zwecklose Steuer würde andererseits die ohnehin schon stark verminderte Bedeutung der deutschen Börsen weiter herabdrücken, ferner würde die Ausfaltung der kleinen und mittleren Bankiers durch die Großbanken und der Provinzialbankiers durch die hauptstädtischen Banken dadurch sehr gefördert werden. Flottenschwärmer sind die Berliner Kaufleute aber trotzdem.

Nachrichten aus dem Auslande.

Zu österreichischen Reichsrath kam es am Dienstag bei der Beratung der Körperlichen Sprachengesetze wieder zu wilden Szenen. Die Sprachengesetze befriedigen niemand, weder Deutsche noch Tschechen. Die letzteren machen Obstruktion. Abg. Pacak erklärte bei der Begründung seines Obstruktionstrages auf namentliche Abstimmung, die Sprachengesetze seien nicht geeignet, die Tschechen zu beruhigen. Die Obstruktion der Linken habe Triumphe gefeiert, die in einem geordneten Staatswesen ihresgleichen nicht fänden; jeither sei die Obstruktion zur offiziell anerkannten parlamentarischen Einrichtung geworden. Die Tschechen haben bisher 2758 Petitionen eingebracht, zu denen 48 Redner vorgemerkt sind. Bei der zweiten namentlichen Abstimmung entstand auf der zweiten Gallerie ein großer Tumult. Auf dieser Gallerie waren 300 Mitglieder des deutschösterreichischen Gewerbebundes, welche im Hanje wegen Erledigung der Gemeindevorlage vor sprachen. Der Ruf: „Heraus mit Paragraph 59 und 60 des Gewerbegesetzes!“ gab das Signal zu einem großen Skandal. Die Gallerie schrie: „Pui, ihr Tschechen, schämt euch! Bagage! Volksthrüger!“ u. dergl. Man sah Fäuste ballen gegen die Tschechen. Der Präsident verhängt die Räumung der Gallerie. Der Tumult wird immer ärger; es wird auch gepöfien. Man hört Rufe: „Ihr tschechischen Diebe! Ihr steht täglich zehn Gulden! Volksthrüger!“ Viele Besucher leisteten bei der Räumung Widerstand und die Diener zerrten einzelne Personen

mit Gewalt heraus. Unten im Saale geraten die Jung tschechen mit den Christlichsozialen hart einander. Wolf schreit zu den Tschechen: „In Prag habt Ihr die Gallerie mit dem ärgsten Gefindel besetzt; hier wird auf der Gallerie die Volksmeinung laut!“ Es folgen noch vier namentliche Abstimmungen. Nach acht namentlichen Abstimmungen wurde die Sitzung geschlossen. 60 Tschechen besorgen die Obstruktion ohne jede Weisheit. Es steht nicht danach aus, als sollten die Körperlichen Sprachengesetze dem Lande den Frieden bringen.

Die französischen Gemeindevahlen haben nun in Paris einen für die Antisemiten und Nationalisten günstigen Verlauf gehabt. In den Provinzen sind die Wahlen durchaus zu Gunsten der Republikaner ausgefallen und bedeuten eine Niederlage der Nationalisten. Die Republikaner verloren nirgends Sitze und gewannen an vielen Orten neue. Mehrere oppositionelle Deputierte, wie de Namel, Graf d'Anlan und andere unterlagen. Die Wählerschaft ist also in ganz Frankreich republikanisch gestimmt. Der Pariser Ausschuß der sozialistischen Partei richtete an die Wähler einen Aufruf, indem er die Notwendigkeit der Einigkeit und Eintracht aller Republikaner gegenüber der Reaktion betont und die Wähler auffordert, ihre Stimme demjenigen republikanischen Kandidaten zu geben, der die meisten Stimmen erhalten hat.

Keine Amnestie soll es in Frankreich nach Mitteilungen der Magdeburgischen Zeitung geben in Folge der nationalistischen Bewegung. Nach Schluß der Weltausstellung soll Mercler in Anklagezustand versetzt werden. Soviel Energie trauen wir der jetzigen Regierung in Frankreich nicht zu. Uebrigens weiß man ja auch noch nicht, ob das Kabinett Waldeck-Rousseau das Ende der Weltausstellung erlebt. Solche Gerüchte können nur dazu beitragen, den Sturz des Kabinetts zu beschleunigen.

Die Unruhen in Bulgarien nehmen einen immer bedrohlicheren Umfang an. Derzeit sollen bereits 25 000 der zur Verzweiflung getriebenen, bedrückten Bauern waffen organisiert und bewaffnet in dem Distrikt Ruffischud zusammengedrängt sein. Sie haben ganz kriegerisch strategische Punkte besetzt und den Regimentern, welche gegen sie entsandt wurden, regelrechte Schlachten geliefert. In einer solchen sollen von beiden Seiten zusammen gegen 400 Mann gefallen sein. Befehligt werden die Vauernkolonnen von Unteroffizieren der Reserve.

Auf den Philippinen erwachsen den Amerikanern wieder große Schwierigkeiten. Aguinaldo operiert in den Nordprovinzen mit einer großen Streitmacht.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Aus englischer Quelle verlautet, daß die Buren am Zankfluß sich zur Schlacht stellen wollen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Vermutung zutreffen wird, denn, wenn Lord Roberts in der Lage ist, seine Vorstöße gegen die Buren nur in dem zugegebenen Stärkeverhältnis von 5:1 zu unternehmen, so bleibt den Freistaatlern sichtlich nichts übrig, als der zermalmenden Uebermacht auszuweichen und sich lediglich auf den Guerillakrieg zu beschränken. Das Klima und die unwegsamen Geländebeziehungen mögen dann ein übriges thun, um der übermächtigen Armee des Lord Roberts den Vormarsch auf Prätoria zu erschweren. Nachrichten von Delang liegen für heute nicht vor.

Die Buren gesandtschaft hat eine Proklamation an das amerikanische Volk gerichtet, ehe sie zu Rotterdam das Schiff bestieg. In der Proklamation heißt es:

„Nachdem unser Besuch in Holland, wo wir mit großer Herzlichkeit empfangen wurden, zu Ende ist und wir auch Zusicherungen über die Mitwirkung zu Wiederherstellung des Friedens erhalten haben, glauben wir, daß das beste, was wir thun könnten eine Reise nach Amerika wäre, zu dem Volke, das vor einem Jahrhundert daselbe Geschick durchgemacht wie die transvaalische Republik heute. Die Amerikaner tritten für die Verteidigung ihrer guten Rechte und für die Erlangung ihrer Freiheit, und das allein ist der Zweck, den auch wir verfolgen. Da, wo Verleumdung und Lüge uns vorausgegangen sind, werden wir die Wahrheit bekannt machen, vertrauend darauf, daß unser Aufruf an ein freies Volk und die Schwesterrepublik nicht vergeblich sein werde. Es wird leicht sein, eine ehrliche Beilegung des Streites zu ermöglichen, wenn ein halbes Duzend verständige Männer ruhig über den Gegenstand des Krieges beraten. Es genügt, wenn diese Männer ehrlich und offen herzig sind. Wir werden dem amerikanischen Volke sagen, daß wir genötigt sind, den Streitfall seinem Schiedsgericht zu unterbreiten, und wir sind davon überzeugt, daß wir nichts verlangen, was eine unparteiische und freirechtliche Nation uns nicht zugestehen würde.“

Mit der Betonung, daß die Buren zu ehrenvollem Frieden immer bereit gewesen seien und dies auch jezt seien, schließt die Proklamation.

Der Volksrab in Prätoria trat am Dienstag zu einer neuen Tagung zusammen. Präsident Krüger fuhr begleitet von einer Eskorte, in einem Staatswagen zum Parlament. Er sollte in seiner Rede dem verstorbenen Foubert hohe Anerkennung, hob seine menschenfreundliche und mutige Haltung rühmend hervor, lobte die Loyalität und die Beharrlichkeit des Freistaates, die seinen Verpflichtungen gegenüber Transvaal gerecht geworden sei. Der Freistaat habe die Schwesterrepublik damit ein gutes Beispiel gegeben und habe einen großen moralischen Einfluß auf diejenigen gehabt, die den Anstrengungen eines kleinen Staates, sich seine Unabhängigkeit zu erhalten, gefolgt seien. Die Beziehungen Transvaals zu den auswärtigen Mächten seien gut mit Ausnahme derjenigen zu England. Durch die Gesetzgebung und ihr Verhalten gegenüber England im abgelaufenen Jahre habe die Republik ihren Wunsch bewiesen, den Frieden zu erhalten und sie werde auch jezt alles thun, um den Frieden wieder herzustellen. Der Präsident machte sodann

Mitteilung von der Entsendung der Friedensgesandtschaft nach Europa und verwies auf die Anwesenheit der Militärattachés verschiedener Mächte als Beweis für das Interesse, das diese an der Kampfweise der Republik nehmen. Er drückte seine Freude darüber aus, die Sympathien der ganzen Welt auf Seite der Buren zu sehen und erwähnte den Protest, den Transvaal gegen die Verletzung der Genfer Übereinkunft durch die Engländer an die Mächte richtete. Mit Genugthuung stellte der Präsident fest, daß die Finanzen Transvaals in der Lage seien, die Anspannung durch den Krieg zu ertragen. Den Zustand der Minenbetriebe bezeichnete er als blühend. Ferner verwies er darauf, daß Transvaal dem Oranje-Freistaat mit einer Anleihe ausgeholfen habe. Nach der Mitteilung, daß die Session kurz sein und nur die wichtigsten Angelegenheiten erledigen solle, schloß Präsident Krüger, indem er den Segen des Himmels für die Buren erließte.

Nachrichten aus Magdeburg.

Für gültig erklärt wurde die Wahl des Herrn Plade in Gasse-Wschersleben. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags verhandelte in ihrer Sitzung am Dienstag vormittag über diese Wahl. Herr Plade ist mit einer absoluten Mehrheit von 643 Stimmen gegen unsern Genossen Albert Schmidt gewählt worden. Gegen die Wahl ist rechtzeitig ein Protest eingegangen, der hauptsächlich rügt, daß Wähler zu Unrecht nicht in die Wählerlisten aufgenommen und für Schmidt abgegebene Stimmzettel für ungültig erklärt wurden, obwohl der Name Plade gestrichen und Schmidt deutlich darauf geschrieben oder mit einem Stempel aufgedruckt war. Die Nachprüfung der Akten ergab, daß 24 auf Schmidt lautende Stimmzettel zu Unrecht kassiert worden sind, wodurch die Majorität Plades nicht erschüttert wird. Da auch die sonstigen Protestpunkte, deren Richtigkeit angenommen, nicht geeignet sind, die Majorität anzuführen, so kam die Kommission zu dem Beschlusse, die Wahl des Hrn. Plade für gültig zu erklären, die Akten aber der preussischen Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Es sollen im Wahlkreise namentlich der Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter von seiten einzelner Polizeibeamten unzulässige Schwierigkeiten bereitet und die Verbreiter ohne genügenden Anlaß inhaftiert worden sein. Auf ein Mandat, welches mit solchen Mitteln erzwungen wurde, haben die Nationalliberalen wirklich keine Ursache, besonders stolz zu sein.

Im Wilhelmstädter Bezirksverein wurde die beabsichtigte Bebauung der sogenannten Wallack mit kleinen Arbeiterwohnungen als eine schwere Schädigung der Bewohner der Großen Diesdorferstraße und des Seebantings hingestellt. Würden aber in einer an die Große Diesdorferstraße grenzenden Straße derartige Wohnungen eingerichtet, so würden die Hausbesitzer, die über größere und bessere Wohnungen verfügen, kaum in diesem Teile der Wilhelmstadt Mieter finden. Außerdem sei für die zur späteren Anlage ins Auge gefaßte große und schöne Ringstraße, von der heute schon der Sedanring einen kleinen Bruchteil bildet, die unmittelbare Nähe derartiger Arbeiterwohnungen durchaus nicht wünschenswert. Die Herren Bourgeois betrachten die Arbeiter als willkommene Ausbeutungsobjekte. Ungefährlich ihrer Fabriken wollen sie die Arbeiter aber nicht sehen, geschweige denn mit ihnen in nächster Nähe zusammenzuwohnen. Das verleiht ihr ästhetisches Gefühl. Deshalb soll die „große und schöne Ringstraße“, wie sich das heißt, für die Bourgeois reserviert bleiben, für die Arbeiter wird man dann schon in irgend einer Ecke einen geeigneten Platz für Wohnungen finden. Es sind beschriebene, ebedenkende Leute, die Herren Haus-Ärztler.

Ausschließung des Wiederiger Wuchses. Nach einem Berichte der Magdeburgischen Zeitung fand am Montag eine Sitzung der Gartenabteilung statt, in welcher die Ausschließung des Wiederiger Wuchses durch Fuß- und Fahrwege zur Sprache kam. Das Einverständnis der beteiligten städtischen Behörden soll in bestimmter Richtung stehen. Mit der Lösung dieser Frage würde namentlich einem schon lange empfindenen Bedürfnis nach Schaffung von Fahrwegen dortselbst abgeholfen werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch der Frage näher getreten werden, in welcher Weise eine Befestigung der verunglückten Stelle des Wuchses ausgeführt werden kann. Die angulierten Fahrwege sollen durch das Wiefengelände Anschlag nach dem Perzentweg bekommen. Die Gartenabteilung hat sich einstimmig für die weitere Verfolgung dieses Projekts ausgesprochen.

Wurfschalen-Suppe für Diensthöten. In der Frauenzeitung „Frisches Haus“ findet sich am 20. April im Briefkasten („Fernsprecher“) folgende Anfrage:
182. Wirtschafterin. „Kann man eine der geehrten Leserinnen angeben, in welcher Weise Suppen von Wurfschalen bereitet werden? Eine Dame der höheren Stände erzählte, daß sie solche Suppen für ihre Diensthöten bereite.“
Die Volkszeitung, der wir diese Mitteilung entnehmen, bemerkt dazu: Jedenfalls eine Dame von Gemüt, diese Dame aus den „höheren Ständen“, die ihren Diensthöten die Wurfschalen gönnt, nachdem sie das Innere ihrem eigenen „höheren Stände“ Magen gnädigst anvertraut hat. Wahrscheinlich verschmäht ihr Hund das Darmfuttermittel ohne Fleckchen; da ist es für Diensthöten-Suppen immer noch gut genug! Daß man sich unter solchen Umständen noch wundern, wenn manche Leute fortwährend über Diensthötennot jammern? Wo die Diensthöten anständig behandelt werden und sich anständig fressen können, weiß man nichts von der „Diensthötennot“.

Zur Erleichterung des Verkehrs während des diesjährigen Pfingstfestes wird die Geltungsdauer der am 31. Mai d. J. und den folgenden Tagen sowohl vor als auch nach dem Feste gelösten

gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Geltungsdauer bis zum 11. Juni d. J. einschließlich verlängert. Die Rückfahrt muß spätestens am 11. Juni bis 12 Uhr mitternachts angetreten und darf nach Ablauf dieses Tages nicht mehr unterbrochen werden.

Ein Gerüst stürzte in der Adolfschloßstraße zusammen, als ein Postwagen dagegen fuhr. Unglücksfälle sind dabei nicht vorgekommen.

Provinz und Umgegend.

Wanzenburg. (Bodenthalperre.) Auf der gegenwärtig hier tagenden Sitzung des Centralvorstandes des Harzklubs machte der Vorsitzende Herr von Bodeenthal folgende Mitteilungen: Eine aus Mitgliedern der Baubehörden, sachverständigen Landschaftsgärtnern, Vertretern der beteiligten politischen Gemeinden und Mitgliedern des Harzklubs bestehende Kommission, die am 4. und 5. Mai das Bodenthal noch einmal besichtigte, hat sich mit allen Stimmen gegen zwei für die Thalperre hinter dem Kesselfrieden und mit allen gegen eine für die Thalperre bei Wendeforsch entschieden. Beide Sperren und die dadurch entstehenden Seen würden nach Ansicht der Kommission der Landschaft zur Bierreiche gereichen, sie noch verschärfen, nicht aber verunzieren. Erreicht sei noch, daß der Wasserstand im Unterlauf der Bode (unterhalb des Kessels) nach Erbauung der Sperre ständig mindestens so hoch sein müsse wie der Durchschnittswasserstand in den Monaten Juli-September nach 12-jährigen Durchschnitt. Ferner sei noch beauftragt worden, daß der Stollen hinter dem Kesselfrieden so hoch angelegt wird, daß er das Wasser von der Oberfläche des künftigen Sees abführt; dadurch werde ein etwaiges Senken des Wasserspiegels unmöglich gemacht oder wenigstens erschwert.

Erfurt. (Umsturzbekehrung durch Preisaufgaben.) Die „Königl. Akademie gemeinnütziger Wissenschaften“ zu Erfurt hat beschlossen, für das Jahr 1900/1901 folgende Preisaufgabe zu stellen: „Wie ist unsere männliche Jugend von der Entlassung aus der Volksschule bis zum Eintritt in den Heeresdienst am zweckmäßigsten für die bürgerliche Gesellschaft zu erziehen?“ Auf die „beste“ der einlaufenden Abhandlungen ist ein Preis von 600 Mark als Honorar gesetzt. Es sollen, so wird in der Aufforderung zur Beteiligung an dieser Preisaufgabe ausgeführt, die Ziele einer allgemein sittlich-intellektuellen Erziehung unserer männlichen Jugend, im Gegensatz zu einer bestimmten Berufserziehung, dargelegt werden, unter Angabe der Mittel, welche geeignet erscheinen, dieselbe zu fördern vor der Gefahr, entweder hilflos sich selber überlassen zu bleiben oder den Umsturzpartei zum Opfer zu fallen. Man hätte gewollt höheres Honorar ansetzen sollen. Die Aufgabe ist nicht leicht. Die politische Landerziehung in der Volksschule hat die Jugend nicht gegen den Umsturzbozillus gesichert. In welcher Art man auch die der Volksschule entwachsene Jugend für die bürgerliche Gesellschaft zu begeistern vermag, das Unternehmen mißscheitert, da die Jugend in der harten Schule des Lebens auf die Ungerechtigkeiten und Kulturwidrigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft gestoßen wird. Die großen Reformatoren der Pädagogik seit den Tagen Pestalozzis stellen den Jugendbildnern die Förderung des Idealen, der Wahrheit und echten Menschlichkeit zur Aufgabe. Heute wirkt eine „Akademie der Wissenschaft“ Gelder aus, um die Pädagogik zur Verherrlichung des bürgerlichen Kapitalismus anzuweisen.

Neuhaußleben. (Malfeyer.) Die hiesigen Genossen hielten ihre Malfeyer, da ein Aushang von der Arbeit am 1. Mai für hiesige Verhältnisse noch nicht durchführbar, am Sonntag, den 6. Mai ab. Morgens fand ein Ausflug nach dem nahen Papenberg, unter starker Begleitung der bei solchen Gelegenheiten sich an überflüssigen erweisen den Polizei statt. Nachmittags wurde eine Versammlung im Herzoglichen Lokale abgehalten, wo an Stelle der verhinderten Frau Biele Genosse W. Haupt unter starkem Beifall der zahlreich erschienenen über die Bedeutung des 1. Mai referierte. Nach Schluß der Versammlung fand ein Gartenkonzert und abends ein Ball statt. Da die ganze Feier vom besten Wetter begünstigt war und auch sonst in allen Teilen einen guten Verlauf nahm, steht zu hoffen, daß das Fest nicht nur für die Teilnehmer eine gute Erinnerung, sondern auch für die gesamte Bewegung am Orte von Nutzen sein wird.

Schleudis. (Die staatsgefährliche weiße Fahne.) Dem Vorsitzenden des hiesigen Arbeitervereins wurde am 1. Mai eine weiße Fahne mit roter 8, die dieser zur Feier des Tages aus dem Fenster seiner Wohnung gesteckt hatte, konfisziert. Jetzt hat der Genosse auf Grund des Groben Ungehorsamsparagraphen folgenden Strafbeschl über 9 Mark oder drei Tage Haft erhalten:
Sie haben am 1. Mai 1900 in Schleudis großen Unfug verübt, indem Sie zur Verherrlichung der sozialdemokratischen Malfeyer beziehungsweise der sozialdemokratischen Bestrebung zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages in ärgernis- und bezorgnisserregender Weise für einen größeren Kreis der Allgemeinheit eine weiße Fahne mit der roten 8 zum Fenster Ihrer Wohnung hinausgingen, so daß sie von der öffentlichen Straße aus sichtbar war. . . . Zwei andere Genossen, bei denen die Fahnen wegen der Höhe nicht konfisziert werden konnten, haben ebenfalls Strafmandate erhalten.

Worbis. (Verhaftete Brandstifter.) Unter dem Verdacht, das Feuer am 2. Mai, welches 30 Geschäfte einäscherte, angelegt zu haben, sind zwei jugendliche Personen im Alter von 14 und 16 Jahren verhaftet und ins hiesige Gefängnis gebracht worden, da sie sich durch Aussagen über die Brände sehr stark verdächtig haben. Bezüglich des zweiten Brandes, der neun Geschäfte verheerte, hat nun der 16-jährige Arbeitsbursche Rachel bereits eingestanden, daß er diesen angelegt hat. Die Erbitterung der Einwohner ist groß.

Kleine Chronik.

Wegen Verdachts des Gatten- und Sohnesmordes wurde eine Frau in Osna brück verhaftet. Die Leichen von zwei Damen wurden am Freitag im Hafen von Swinemünde gefunden. Sie sind bisher noch nicht rekonstruiert.

hoch scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß beide Frauen aus Berlin stammen. Aus der Rechllichkeit der Geschädigten ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das Verhältnis von Mutter und Tochter zu schließen.

In Plowen bei Stettin hat der Kaufmann Rehnwiel das Dienstmädchen Varielt, weil es ihm nicht zu Willen war, erschossen und dann sich selbst getölet.

Der Waldbrand bei Nachen kann als gelöst angesehen werden. Nach oberflächlichen Schätzungen dürfte der Schaden sich auf 800 000 bis eine Million Mark belaufen.

Die chemische Fabrik von Wesselen, Bode u. Co. in Barmen ist zur Hälfte niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Infolge Kenterns des Fahrzeugs ertranken am Sonntag fünf Arbeiter, die auf einem Boot eine Lustfahrt auf dem Tollen See unternommen hatten.

Der Vesuv weist, so meldet ein Telegramm aus Neapel vom Montag abend, seit 48 Stunden anhaltend Lavamassen aus. Der Ausbruch des Vesuv ist sehr ausgiebig. Der Krater schleudert unter gewaltigem Getöse große Steinmassen in beträchtliche Höhe empor, während brennende Lava vom Kraterrand herabfließt. Der obere Bahnhof und die Schienen der Drahtseilbahn sind beschädigt. Nach Privatmitteilungen hört man den Donner der Kollapsen in beträchtlicher Distanz bis Neapel. Die obere Station der Vesuvbahn ist schwer beschädigt. Die Bewohner der Ortschaften am Vesuv sind in voller Aufregung. In Torre del Greco verließ die Bevölkerung, erschreckt von dem gewaltigen Getöse des ersten Ausbruchs, schreiend und heulend die Häuser. Auf dem Marktplatz liegt die ganze Einwohnerschaft vor der Madonna auf den Knien und fleht um Schutz vor der drohenden Gefahr. Professor Tascone vom Vesuv-Observatorium erklärt, vorläufig sei nichts Schlimmeres zu befürchten.

Eine schreckliche Feuersbrunst hat die Stadt Dohinow, im Gouvernement Wilna, vollständig eingeäschert. Ueber 4000 Personen sind obdachlos. Acht Personen sind verbrannt. Das Feuer war an allen Ecken angelegt.

Letzte Nachrichten.

Breslau. Zum Königer Morde erhält die Breslauer Morgen-Beilage ein sensationelles Telegramm folgenden Inhalts: „Der Zahnarzt Wimmer in Berlin (Nennmar) machte die Entdeckung, daß der Gynäkologe Winter bei einem Zahnarzte, den er konsultierte, in der Markstraße 126. Der betreffende Zahnarzt soll, um einer Verhaftung zu entgehen, die Leiche zerstückelt und nach und nach fortgeschleppt haben. Herr Wimmer machte der Staatsanwaltschaft und allen Königer Behörden von seinen Ermittlungen Anzeige.“ Man darf sehr gespannt sein, ob sich diese Angaben gerichtsnotorisch begründen lassen.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 32. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wie der Zweck, so die Mittel. — Friedrich Albert Lange und die kritische Philosophie in ihren Beziehungen zum Sozialismus. Von Nikolai Werdnauer. — Zum Reform des Kommunalwahlrechts in Preußen. Von Paul Kirch. — Die Osterkongresse der deutschen Gewerkschaften. Von Adolf Braun. — Feuilleton: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedr. Krauer.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. In der am Sonnabend, den 12. Mai, im „Bürgerhaus“, Stefansbrücke 38, stattfindenden Mitgliederversammlung spricht Genosse Richard Nisch (Redakteur der Volksstimme) über: „Die Entwidlung des Handels und Verkehrs im verflochtenen Jahrhundert“. Das Erscheinen aller Mitglieder zu dieser Versammlung ist notwendig.

Mittwoch, 9. Mai:

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Magdeburg. Abends 8 1/2 Uhr Sitzung der Lohn- und Arbeitsnachweiskommission bei Grotthum.

Donnerstag, 10. Mai:

Arbeiter-Abfahrtsklub „Freiheit“. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Saalfahren und Versammlung im „Freiheitsklub“.
Nadfabrik „Sturm“. Jeden Donnerstag abend Vereinsabend im „Aufseipark“.
Wilhelmstädter Männerchor. Jeden Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Übungsstunde in der „Hoffnung“, Große Diesdorferstraße 201.
Arbeiter-Turnverein Neustadt. Übungsstunde Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weissen Hof.
N. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei August Lange (Restaurations zum Gambernk) Hofstraße 4.
Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstraße.
Eisenburger Arbeiter-Gesangverein „Liederfranz“. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Hofsch, Braunschweigerstr. 2a. Mitglieder werden aufgenommen.
Diesdorf. Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Donnerstag Übungsstunde beim Gastwirt Hilbrandt.
Neuhaußleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Wiltz, Herzog. In jeder Übungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.
Nadfabrikverein „Falk“ in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hoffjäger“.

Reste

von Tuchen, Buckskins
Konfektions-Stoffen
Kleiderstoffen
Gardinen
Möbelstoffen
Weisswaren
Leinen und
Baumwollwaren

bedeutend unter Preis.
J. Kirstein

Breiteweg 181, 1. Etage
Eingang nur Himmelschloßstr.

Schmücke

Dein Heim!

Wir empfehlen

Portrait-Ständer

mit den Bildnissen von
Marx, Lassalle, Engels, Bebel,
Liebknecht und Singer.

à Stück 40 Pf. — 2 Stück 75 Pf.

Schöner Zimmerschmuck!
Geschmackvolle Ausführung!

Naturgetreue Portraits!
Durch sämtliche Kolportage zu beziehen.

Buchhandlung

Volksstimme.
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt 454
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerstraße 26.

Fermerleben. Fermerleben.

Empfehle A. L. Mohr'sche Margarine.

Marke Mohra

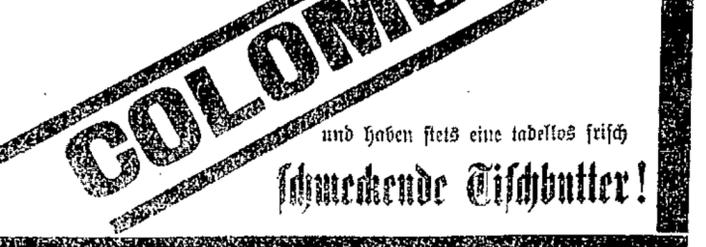
ist voller Ertrag für gute Butter. Ebenso empfehle
sämtliche Materialwaren, Tabak und Cigarren.
Selbstgeschlachtete Wurstwaren

Preis zu haben bei 1151
August Schmidt, Fermerleben, Schönebenderstraße 34.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die
Volksstimme beziehen zu wollen.

Sie sparen viel Geld!

beim Verbrauch von



und haben stets eine tadellos frisch
schmeckende Tischbutter!

Heute, Donnerstag, den 10. dieses Monats

kommt eine Waggonladung

cirka 25 000 Meter

Kattune, Levantines, Madapolames, Batiste, Zephyrs, Ripse, Organdys etc. etc.

bestehend aus einzelnen

1305

Coupons und Nesten zu Blusen und Kleidern in den allerbesten und feinsten Qualitäten von dem einfachsten bis zum elegantesten Geschmack zu

thatsächlich auffallend billigen Preisen

zum Verkauf.

Obige Waren liegen in meinen Fenstern mit Preisen aus und bitte um gefl. Besichtigung.

Geschäftshaus S. Friedeberg jun.

12 Ate Markt 12.

Waschstoffe!! Riesen-Auswahl! Nur Neuheiten! Billigste Preise! Carl Friedrich

Tabakarbeiter-Verband. Mitglieder-Versammlung Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Faschlochsberg 9.

Achtung! Städtische Arbeiter! Am Sonnabend, den 12. Mai, findet im Saale des Dreikaiserbunds, Große Storchstraße, das Stiftungsfest der Filiale I

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften. Unentgeltliches Anknüpfungsbureau. Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Städt. Arbeitsnachweisstelle. unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5. Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.

Koenig's Kursbuch. ist wieder eingetroffen und zum Preise von 50 Pfennig in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

10 gebrauchte Herren- und Damen-Räder sind billig zu verkaufen. Magdeburg, Gr. Münzstr. 9, Fahrrad-Verleih-Gaß Paul Reiche & Co.

Der Kanarienvogel. in gefunden und kranten Tagen. Seine Behandlung, Zucht u. Pflege. Von A. Berger. Preis nur 1 Mark.

Junge Kanarienvogel. laufe fortwährend zum höchsten Preise. J. Tischler, Annastr. 25.

Arbeiter, Freunde, Bekannte! Wir haben uns zur Pflicht gemacht, Euch billig und reell zu bedienen in wenig getragenen Herren-, Damen- u. Kinderhüten, Stiefeln usw.

Erstlings-Spargel!! extra gute Ware 1303 a Pfd. 60 bis 25 Pf., giebt ab Ehrecke, Umfassungstr. 45

Küchenzettel der Magdeburger Volkstüchen. Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61. Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenfleisch.

Nebenberdienst. können sich Personen jeden Standes durch Aufnahme von Versicherungen aller Art in Magdeburg verschaffen.

Ein Dienstbuch. von Budau bis Salzte, auf den Namen Mariha Korte lautend, verloren gegangen.

Achtung! Ein Klarinettenstück ist Freitag abend verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbiges abzugeben.

Freie Religions-Gesellschaft. Freitag, den 11. Mai 1900 abends 8 1/2 Uhr: Gemeinde-Versammlung im Gemeindehause, Marktstraße Nr. 1

Cirkus-Sommer-Theater. Heute Donnerstag: Das Riesen-Programm! 15 Nummern 15

Frau Thiele, Hebamme wohnt jetzt: Zimmermannstr. 5, v. 1 Tr. 1501

Das Blutmärchen im Herrenhaus.

In unserem Brandenburger Parteiorgan veröffentlicht der Rabbiner Dr. Ackermann folgenden offenen Brief an Herrn v. Herzberg-Lottin, den bekannten Interpellanten über den Koniker Mord. Der Brief, der das Märchen vom Ritualmord und die geistige Qualität derjenigen, die noch an diesen Unsinn glauben, treffend beleuchtet, lautet folgendermaßen:

Sie beabsichtigen, wie ich aus den Tagesblättern ersehe, folgende Interpellation an die königl. Staatsregierung zu richten:

„Welche Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um weiten Kreisen der christlichen Bevölkerung die Gewißheit zu verschaffen, daß die in den letzten Jahren vorgekommenen unangeführten Morde an christlichen Jungmännern und Jungfrauen nicht von den Juden begangene sogenannte Ritualmorde sind?“

Sie begründen dieselbe folgendermaßen:

„Der bisher unangeführte Mord des Gymnasialisten Winter in Konitz hat die Bevölkerung Westpreußens und Hinterpommerns um so mehr in berechtigter Aufregung versetzt, als der Befund der Leichenteile ebenso wie die ungeschlachte gebliebenen Morde in Sturz und Fanten auf eine besondere Verwertung des menschlichen Blutes schließen läßt. Da nun in weiten Volkskreisen der Glaube vorherrscht, daß die jüdischen Geheimschriften die Verwendung von Christenblut für rituelle Zwecke gebieten, außerdem zufällig bei diesen Morden wie auch bei denen in Wähmen und Tessa-Eszlar die ersten Spuren der Thäterschaft, welche indes im Laufe der gerichtlichen Verhandlungen immer verwischt wurden, auf jüdische Täter deuteten, so erscheint es allein im Interesse der jüdischen Bevölkerung geboten, daß durch eine authentische Uebersetzung aller jüdischen Geheimschriften der Nachweis geführt wird, daß diese Schriften keinen Anhalt für den Volksglauben bieten.“

Dem Interpellanten liegt nicht nur daran, endlich Klarheit über die Motive zu diesem mysteriösen Mord zu schaffen, sondern er möchte auch hauptsächlich die christliche Bevölkerung darüber beruhigen, daß seitens ihrer berufenen Vertreter alles geschehen wird, um eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern. Die Bevölkerung wird durch diese Gewißheit hoffentlich abgehalten werden, sich durch Provokationen seitens der Juden zu Gewaltthatigkeiten hinreißen zu lassen, die schließlich nur den Juden nutzen und die Aufmerksamkeitskraft der staatlichen Organe von der dieser Erregung zu Grunde liegenden scheinlichen Mordthat abzulenken geeignet erscheinen. Ist es doch durch die Umtriebe in unseren Nachbarländern schon so weit gekommen, daß der Herr Minister des Innern die Hauptaufgabe der Polizei-Organen zunächst in der Unterdrückung des überhörsamden Unwillens einer erregten Bevölkerung sieht. Möge sich die christliche Bevölkerung daher einer so tiefen Sache würdigen Zurückhaltung befleißigen.“

Als Rabbiner, das heißt als Lehrer und Wächter der jüdischen Religion, als Verkünder ihrer Satzungen und als Beschützer ihrer Ideale verlange ich Sie hierdurch vor dem Forum der Öffentlichkeit, weshalb Sie gerade uns Juden von dem Verdachte gereinigt wissen wollen, jene Morde begangen zu haben. Sie berufen sich auf den „Volksglauben“, der den Juden die rituelle Verwendung von Christenblut imputiert. Diesen „Volksglauben“ halten Sie für ausreichend, um der hypothetischen Unterstellung des Ritualmordes als Stütze zu dienen, und erwarten, daß die Regierung diesem „Volksglauben“ den Boden unter den Füßen hinwegzieht.

Können Sie wirklich ernsthaft glauben, daß die Regierung sich dieser Ihrer Anschauung anschließen und einen solchen „Volksglauben“ als Grundlage für das von Ihnen gewünschte Vorgehen nehmen wird? Seien Sie überzeugt, daß die Regierung die geistige Qualität der Träger dieses „Volksglaubens“ zu würdigen weiß und daß sie nach den zahlreichen wissenschaftlichen Nachweisungen erster christlicher Gelehrtenautoritäten (wie Delitzsch, Ködiker, Strauß, Stade) sowie hervorragender katholischer Würdenträger diesen „Volksglauben“ als dasjenige erkennt, was er in Wahrheit ist, als

einen Volksaberglauben! Was würden Sie dazu sagen, Herr v. Herzberg-Lottin, wenn wir behaupteten, jene Morde seien antisemitische Agitationsmorde, sie seien von antisemitischer Seite verübt oder veranlaßt, um auf Grund des Ritualmord-Märchens die Juden beschuldigen zu können? Sie würden sich gegen diese Anklage sicherlich gewaltig wehren? Aber wir würden durch dieselbe nur Gleiches mit Gleichem vergelten. Wie Sie sehen, liegt uns dies fern! Wir wissen, wie es thut, wenn man als Gesamtheit für das Vergehen eines einzelnen verantwortlich gemacht wird.

So viel über die Materie Ihrer Interpellation.

Was nun den Weg betrifft, den Sie der Regierung zur Erreichung des von Ihnen gewünschten Zieles vorschlagen, den Weg einer „authentischen Uebersetzung der jüdischen Geheimschriften“, so dürfte Sie vielleicht die Versicherung interessieren, daß Sie sich mit dieser Forderung sehr im Rückstand befinden hinter der Anschauung Ihrer Gesinnungsgenossen. Oder ist es Ihnen noch nicht aufgefallen, daß selbst das wildeste antisemitische Blatt, die Staatsbürgerzeitung, schon längst nicht mehr von einem Ritualmord spricht? Oder höchstens einen solchen in Gänzfüßchen citiert? Blumord heißt jetzt die zarte Beschuldigung, die sie den Juden ins Antlitz wirft. Denn daß das Ritual der jüdischen Religion den Genuß von Christenblut gebiete, das wagt diese Zeitung anzusehen. Dafür faßelt sie nur von einer dem eigentlichen Ritual fernstehenden jüdischen „Blutsetze“, die seit urdenklichen Zeiten die Vorschrift des Gebrauches von Christenblut als ungeschriebene mündliche Uebersetzung fortplanze und als deren Thaten „die ungeschlachte gebliebenen Morde christlicher Junglinge und Jungfrauen“ anzusehen seien. Allein selbst wenn Sie sich zu dieser nur der Form nach milderen Auffassung der Sache bekennen würden, so bliebe doch noch immer die Beschuldigung einer geheimen Uebersetzung bestehen. Nach Ihnen ist diese Uebersetzung eine schriftliche, nach jeder anderen Auffassung eine mündliche. Im Kern der Sache ein und dasselbe!

Mögen Sie nun meine Befugnis hierzu bestreiten oder nicht, mögen Sie mich als „Partei“ erklären und meinem Worte jeden Wert absprechen — genug, vor dem Forum der Öffentlichkeit, die mich gerecht beurteilen wird, erkläre ich Ihnen hiermit: Wir Juden haben weder Geheimschriften, noch geheime Uebersetzungen. Alle unsere religiösen Schriften sind in einer Sprache geschrieben, die erlernt und verstanden werden kann. Daß Sie dieselbe nicht erlernt haben und nicht verstehen, insofern diese eine „authentische Uebersetzung“ wünschen — daran sind doch nicht die Schriften schuld, und Ihre Logik wird Ihnen andererseits sagen, daß Schriften, die authentisch übersezt werden können, nimmermehr Geheimschriften sind. Von geheimen Uebersetzungen könnte nur die Rede sein, wenn dieselben entweder in einer nur dem Eingeweihten verständlichen Sprache geschrieben oder nur der mündlichen Fortpflanzung anheim gegeben wären. Keiner dieser beiden Fälle trifft zu. Denn selbst die von der jüdischen Lehre festgehaltene mündliche Uebersetzung einer Anzahl von Gesetzen war in Wahrheit nur durch mehrere Jahrhunderte eine mündliche. Die Gesetze dieser Lehre sind längst aufgeschrieben und können von demjenigen, der die Sprache erlernt, ebenso gut gelesen und verstanden werden, wie die des Pentateuch.

Allein selbst gesetzt den Fall, daß auch heute noch ungeschriebene, gesetzliche Uebersetzungen innerhalb des Judentums existierten, so könnten dieselben nur harmloser Natur sein. Eine Uebersetzung aber, wie die des „Ritualmordes“ oder „Blutmordes“ wäre auf dem Boden des Judentums undenkbar; denn im Pentateuch, diesem für das Judentum heiligsten, auf göttlicher Inspiration beruhenden Buche, findet sich unter den zehn Sinaiworten, die das Fundament aller Sittlichkeit bilden, auch dieses: „Du sollst nicht töten!“ An diesem Verbot ist nicht zu dröhen und nicht zu deuteln. Es ist klar wie die Sonne, und keinerlei Uebersetzung könnte gestatten, was durch göttlichen Ausspruch so unzweideutig verboten ist.

Es sollte mich nicht wundern, wenn Sie für diese Schlussfolgerung kein Verständnis hätten. Denn in den Kreisen, denen Sie angehören, existiert wohl eine Uebersetzung, die jenem Verbot des Tötens ins Nutlich schlägt, und auch Sie würden wahrscheinlich kalten Blutes die Pistole auf die Brust Ihres satissaktionsfähigen Gegners richten, der Ihnen eine Ohrspeige gegeben. In Ihren Kreisen also tötet man ein Phantomes willen. Wir können es mit unserer Sittlichkeit und unserer Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren, uns über das höchste aller göttlichen Verbote leichtes Herzens hinwegzusetzen. Ist es mir somit vom psychologischen Standpunkt aus begreiflich, weshalb Sie ohne Befürchten dem Judentum das annehme Verbrechen des Mordes unterstellen, so müssen wir doch diese Unterstellung mit Entrüstung zurückweisen, und Sie werden es nach dem Gesagten verstehen, weshalb wir der von Ihnen geforderten „authentischen Uebersetzung“ mit ruhiger Seele entgegensehen. Wenn wir gleichwohl diese Uebersetzung und den Vorschlag derselben bekämpfen, so geschieht dies einmal deshalb, weil wir im Volksgelände unserer sittlichen Unversehrtheit nicht nötig haben, uns ausdrücklich von dem Verdacht des religiösen Kannibalismus reinigen zu lassen, und dann auch deshalb, weil wir uns mit Ihnen wohl kaum über den Begriff der Authentizität jener Uebersetzung einigen würden und nach den Erfahrungen, die wir mit antisemitischen Uebersetzungen jüdischer Schriften gemacht haben, befürchten müßten, daß die „authentische“ Uebersetzung eine falsche und tendenziöse würde.

Was nun speziell den Koniker Fall betrifft, so wünschen Sie „die christliche Bevölkerung darüber zu beruhigen, daß seitens ihrer berufenen Vertreter alles geschehen wird, um eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern.“ Seien Sie versichert, daß auch die jüdische Bevölkerung darüber beruhigt sein möchte. Nur erscheint ihr gerade das Treiben Ihrer Gesinnungsgenossen als Verdunkelung des Thatbestandes. Die jüdische Bevölkerung ist es sich selbst schuldig, sich gegen die durch nichts begründete Anklage zu wehren, daß in ihrer Mitte deshalb der Mörder zu suchen sei, weil die Leiche blutleer war und einzelne Teile derselben in der Nähe der Synagoge gefunden wurden. Wenn gleichwohl von antisemitischer Seite die große Masse der christlichen Bevölkerung durch Millionen Flugblätter und andere Agitationsmittel in die Annahme eines Ritualmordes förmlich hineingezwungen wird, so wird dadurch die Aufmerksamkeit und die Mithilfe des Publikums von etwaigen richtigen Spuren völlig abgelenkt. Das nennt man Verdunkelung des Thatbestandes. Was dagegen von jüdischer Seite geschieht, ist nichts weiter als berechtigte Notwehr

Fenilleton.

Der Millionenbauer.

Von Max Preyer.
(71. Fortsetzung.)

Währenddessen schritt Hugo mit seinen Gedanken beschäftigt durch die Straßen. Er fühlte, daß mit dem heutigen Tage ein Miß in seiner Ehe entstanden war, der sich eher erweitern als verringern werde. Zum ersten Mal hatte man ihm ungarne Andeutungen darüber gemacht, daß er alles, was er war, eigentlich dieser reich gewordenen Bauernfamilie zu verdanken habe. An diesen Schein klebt die Erniedrigung der Heckensteits. Diese Worte seines Vaters fielen ihm ein, als er plötzlich zusammensackte. Etwa zehn Schritte vor sich sah er den Alten gehen, der soeben aus einem Hause getreten sein mußte. Er hatte den Rock tragen gegen den scharfen Wind in die Höhe geschlagen und ging, da eine leichte Ansetzung von Blatteis war, auf seinen Stock gestützt sehr behutsam dahin. Aus jeder Seitentasche seines Paletots ragte der in grünes Papier gewickelte Hals einer Flasche. Als er an eine besonders gefährliche Stelle des Trottoirs gelangte, wäre er beinahe ausgerutscht. Sofort fühlte er nach den Weinsflaschen und überlegte, ob es nicht besser wäre, das Geschenk für seine Frau in den Händen nach Hause zu tragen. Dann jedoch ging er vorsichtig weiter, den Blick zu Boden gesenkt. Hugo wurde gerührt von diesem Anblick; er sah dem Alten förmlich die Freude an, mit welcher er zu seiner Frau ins Zimmer treten würde, um die bekannten Worte zu sprechen: „Hier, meine Liebe. Er soll delikat sein. Es ist ein Gelegenheitskauf.“

Er überlegte, ob er ihn anreden sollte. Wer konnte wissen, wie er es aufnehmen würde. Endlich entschied er sich dafür. „Hollaß, Vater!“ rief er laut, da sie auf dieser Strecke die einzigen Passanten waren, und beeilte sich, näher heranzukommen. Der Major blieb stehen und drehte sich langsam um, indem er die Spitze des Stockes einen Halbkreis um den Körper machen ließ.

„Ah, Du bist's.“
„Guten Morgen, Papa. Wie geht's der guten Mutter? Du erlaubst doch, daß ich Dich ein Stückchen begleite...“ Ohne die Antwort abzuwarten, nahm er ihn am Arm. Eine Weile schritten sie schweigend neben einander her. Nur einmal brummte der Alte etwas vor sich hin, das auf die „verdammte Glätte“ Bezug hatte.

„Sie ist soweit gesund,“ sagte er endlich; und nach einer Pause: „Nun, wie verträgt man sich denn mit dem Schwager in spe? Die Welt hat etwas Ähnliches noch nicht erlebt.“ Er lachte kurz und grimmig auf. „Schade, daß Du nicht mehr aktiv bist. Er könnte Dir sonst immer gleich die Knöpfe puzen, wenn er Euch besucht. Hahaha, er wird's wohl nicht verlernt haben... Bums, da liegt er.“ Einige Schritte vor ihnen fiel ein Herr zu Boden, unter lautem Gelächter einiger Knaben, die zur Schule wollten. Der Major lenkte vorsichtig um die gefährliche Stelle herum und drückte dabei fest den Arm seines Sohnes. „Saubere Verwandtschaft das,“ fuhr er dann in demselben polternden Tone fort. „Der Schreck fuhr mir in alle Glieder, als ich es in der Zeitung las. Ja, das Zeugnis hilft jetzt nicht. Wür die Suppe eingebrocht hat, muß sie aussitzen. Ich wünsche Dir guten Appetit... Willst Du in die Stadt?“

„Ja. Wollen wir nicht noch einige Augenblicke irgendwo eintreten?“ Hugo hätte es gern gesehen, wenn er mit dem Alten in einer warmen Ecke gesessen hätte, um ihm sein Herz auszusprechen. Aber der Major wies die Einladung kurz zurück. „Geht nicht. Bin ohnedies länger als gewöhnlich fort. Du weißt, ich lebe nach der Uhr.“

„Erlaubst Du, daß ich gegen Abend mit heran komme?“ fragte Hugo, der einsah, daß an dem Willen des Alten nichts zu ändern war. Der Major blickte betroffen auf und ging langsamer.

„Ja, aber weshalb fragst Du denn darnach?“ sagte er in völlig anderem Tone. „Du bist uns stets willkommen. Nur nicht die ewige Quälerei mit dem Gelde. Du weißt doch...“

Sie sprachen noch über dies und jenes, wobei der Major es vermied, auf das frühere Thema zurückzukommen.

In der Potsdamerstraße trennten sie sich. Hugo bestieg die Pferdebahn und fuhr links hinunter und der Major ging nach rechts.

Die Kälte war gestiegen. Aus den schmutzigen grauen Wolken, die wie eine einzige dicke Masse über Berlin lagerten, und der ganzen Stadt ein starres, in Zwieltlicht getauchtes Aussehen gaben, fielen große Schneeflocken herab, die wie unzählige weiße Punkte geisterhaft flackernd die Luft belebten. Der eiskalte Wind ließ sie nicht zur Erde kommen, sondern wirbelte sie wieder in die Höhe, trieb sie gegen die Häuser, Menschen und Tiere und setzte sie dann, sprühendem Eisschaume gleich, über die Steine. Alles zitterte vor Frost und kämpfte wider die schneidende winterliche Flut. Die Wagen rollten mit dumpfem Getöse vorüber, die Pferde dampften und der warme Atem der Menschen, die raslos und stumm aneinander vorüber eilten, wurde, kaum ausgeblasen, von der kalten Luft verschlungen. Bei jedem Schritt klang der Boden hohl, als ginge man über ein riesiges Gewölbe. Der Wind ließ dann nach, immer dichter fielen die Flocken herab, sodas allmählich Häuser und Menschen, Wagen und Pferde die scharfen Konturen verloren, und alles wie in weite Ferne gerückt erschien. Der Himmel sah aus, als senkte er sich immer tiefer und drohender auf die Stadt.

Der alte Heckensteit bemühte sich so schnell als möglich vorwärts zu kommen. Jedesmal, wenn er mit seinen Flaschen in Berührung kam, fühlte er sich veranlaßt, größere Schritte zu nehmen. Im Geiste sah er seine Frau am Fenster stehen, mit dem Gedanken beschäftigt, wo der Major nur bleibe. Er wußte, daß sie bei diesem Unwetter sämtliche Bibliotheken der Welt verwünschte. Er hätte fröhlich aufklappen mögen, wenn er es nicht vorgezogen haben würde, die Zähne aufeinander gepreßt, dahin zu stürmen. Aber heute lohnte es sich schon einmal, wie ein Schneemann nach Hause zu kommen. Lange hatte er nicht so viele Bestellungen entgegen genommen, wie an diesem Vormittag. Zu seiner Frau würde er natürlich sagen: „Excerpte gemacht.“ Die brave Alte! Dafür gab es diesmal auch etwas Außerordentliches. In diesem Augenblick bekam der Major einen großen Schreck, sodas er unwillkürlich nach links sprang. (Fortsetzung folgt.)

gegen die wahrhaftige Beschuldigung des Mordmordes. Nicht, als ob wir uns prinzipiell dagegen verschließen, daß ein Jude der Mörder sein könne. Wir wehren uns nur gegen die feindselige Ausbeutung dieser eventuellen Thatsache als eines Beweises für das Vorurtheil von rituellen Morden. Das ist unser Recht und unsere Pflicht: Ein Jude, der einen Mord begeht, sündigt gegen seine Religion, so gut wie der Christ, wenn er im Duell seinen Gegner niederschlägt, gegen die seinige. Nach der Anschauung Ihrer Gesinnungsgenossen jedoch sollen wir gerade von Religionswegen Mörder sein! Verargen Sie es uns, wenn wir uns dagegen wehren?

Wie wenig Sie jedoch für eine gerechte Beurteilung der Sachlage gestimmt sind und wie wenig ich auf Erfolg rechnen darf, wenn ich Ihnen die richtige Adresse nannte, bei der Sie die Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern vermögen, das geht aus jenem Teil Ihrer Interpellationsbegründung hervor, in welchem Sie die in der Koniger Gegend vorgelommenen Gewaltthätigkeiten auf Provokationen seitens der Juden zurückführen. Damit gestehen Sie diesen Gewaltthätigkeiten eine gewisse Berechtigung zu, wie Sie dieselben auch thatsächlich in euphemistischer Weise als „den überschäumenden Unwillen einer erregten Bevölkerung“ bezeichnen. Im Einklang damit erscheinen Ihnen auch die Maßnahmen des Ministers zur Unterdrückung der Gewaltthätigkeiten als unwichtig, und Sie bezeichnen ironischer Weise die Beschäftigung der Juden als die Hauptaufgabe der Polizeiorgane. Dabei wissen Sie sehr wohl, daß derselbe Minister die Summe von 20 000 Mark behufs Aufhellung des Verbrechens zur Verfügung gestellt hat.

Ich habe mir gestattet, alle diese Konsequenzen deshalb aus dem Wortlaut Ihrer Interpellations-Begründung zu ziehen, um Ihr Gerechtigkeitsgefühl und Ihre Wahrheitsliebe, die doch als die höchsten Tugenden des Volksfreundes erscheinen müssen, vor aller Welt in das rechte Licht zu rücken.

Und nun, edler Herr, wünsche ich Ihnen guten Erfolg zu Ihrem menschenfreundlichem Beginnen. Was Sie durch daselbe erreichen werden, das weiß ich, Gott sei Dank, ebenso genau, wie dasjenige, was Sie erreichen wollen —

Aus der Parteibewegung.

Eduard Bernstein hat nach einer Erklärung in der letzten Nummer der Neuen Zeit seine Mitarbeiterschaft an der Neuen Zeit eingestellt, „um die Redaktion der unangenehmen Beschäftigung des Nachdenkens über Inhalt und Zweck seiner unergründlichen Arbeiten zu entheben.“ Wir hätten es für schöner gehalten, wenn Bernstein seine Erklärung in weniger herausfordernder Form abgegeben hätte. Seine Versicherung, daß seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie dadurch nicht berührt wird, halten wir überflüssig. Das erscheint uns bei Bernstein selbstverständlich.

Für den internationalen sozialistischen Kongress in Paris schlägt die Vertrauensperson der Berliner Genossinnen, Ottilie Waader, die Genossin Klara Zetkin als Vertreterin der deutschen proletarischen Frauenbewegung vor.

Ein freisinniger **Wiedemann** hat sich unser Straßburger Parteiblatt zum Opfer seiner geschäftlichen Gerissenheit anerkoren. Seit längerer Zeit schon waren den in der Freien Presse inserierenden Geschäftsleuten von unbekannter Seite einzelne Exemplare dieses Blattes zugesandt worden, in denen das Inserat des Adressaten mit Blauschrift bezeichnet und daneben auf dem Rande der Zeitung allerlei schriftliche Bemerkungen, wie: „Inserate haben in diesem Blatte keinen Wert, weil sehr wenig Abonnenten“, oder „Keine Abonnenten! Genossen abonnieren selbst nicht! Blatt wird bald eingehen!“ enthalten waren. Durch das Gutachten eines beim Landgericht Straßburg vereidigten Sachverständigen wurde mit Sicherheit festgestellt, daß der Absender der Blätter und Schreiber jener Randbemerkungen der Besitzer der freisinnigen Straßburger Bürgerzeitung, Herr Oskar Nibel, ist. Unser Parteiorgan hat selbstverständlich

Kleines Feuilleton.

Eine Münchener Mäurer. Wir lesen in der Münchener Allgemeinen Zeitung: „Als mich am vergangenen Sonntag die herrliche Frühjahrsluft zu einem frühen Morgenpaziergang ins Freie lockte und ich dabei kurz vor sieben Uhr das Plätz passierte, war ich nicht wenig erstaunt, vor den noch geschlossenen Pforten des Hofbräuhauses eine dichtgedrängte Menschenmenge zu treffen. Ganz harmlos erkundigte ich mich bei einem der Herrenden, was hier denn eigentlich los sei. Das war nun für mich: „geboren...“ „München...“ „allerdings...“ „summe Frage. Der gute Mann ließ mich an — ungefahr so, wie man am jüngsten Tage einen längst Verstorbenen, der eben, um Luft zu schnappen, sein Grab verlassen, ansetzen würde.“ „Ja, wissen Sie denn nicht, daß um Siebende der Tod angeht?“ „Frage er mich ganz mitleidig. Wahrhaftig, an den Tod und seine beginnende Saison hatte ich nicht gedacht.“ „Und da können Sie gleich nach dem Kopfe des Mannes fragen?“ „Frage er mich weiter. Der Gefragte hielt sich den etwas umfangreichen Bauch vor Laichen. „Kaffe — böss war das richtige bei der Mäurer! Nichtern ein Glas Bod oder zwei und a Bischerl Monatsrabi dazu — böss reinigt's Blut.“ Ich besand mich also unter lauter Kranken, die hier auf die Eröffnung des Gesundheitswesens warteten. Neugierig war ihnen ihr leidender Zustand keineswegs anzusehen, was ja bei Blutkrankheiten auch nicht immer der Fall zu sein braucht. Inzwischen öffneten sich die Hallen und die „leidende Menschheit“ strömte hinein. Sofort begann die Kurmüßi ihre Weisen und alsbald brüllte einer dem andern „Guten Morgen, Herr Fischer“ zu, als ob der Mensch überhaupt gar nicht anders als „Fischer“ heißen könnte. Blutreinigungsbedürftige muß es in München eine Anzahl geben, denn die nächsten Räume füllten sich in geradezu unglaublicher kurzer Zeit. Ich begann zu zweifeln, ob München wirklich die gesunde Stadt sei, als die man sie allgemein hinzustellen liebt. Die Leute mußten sich unruhig fühlen, daß es mit einem parlamentarischen Ausdruck gar nicht mehr zu bezeichnen ist. Immer neue Patienten strömten herein; fortgehen sah ich keinen einzigen, obwohl doch die Meisten ihre „zwei Becher“ schon getrunken haben konnten. Später allerdings sah ich verschiedene, bei denen die Kur bereits ihre Wirkung gethan. Sie schwebten nur so dahin, so leicht war ihr Blut geworden, wenn sie auch dabei die gerade Linie nicht mehr einhalten konnten. Am späten Nachmittag aber traf ich einen, der sich einen Stuhl mitten auf das ehrwürdige „Plätz“ gestellt und sich dort in halb hypnotischem Zustand niedergelassen hatte. Mehrere mitleidige Weiber, die ihn begahten, meinten, es wäre doch gut, die Sanitäts-

gegen den Braven sofort eine Schabenerjagtlage unabhängig gemacht auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. —

Totenliste der Partei. In Berlin ist ein braver, treuer und opferbereiter Genosse, der Tischler Emil Hinz, in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag im 40. Lebensjahre gestorben. Schon seit längerer Zeit an der Proletarierkrankheit leidend, hat eine im Dienst der Partei, für die Verbreitung eines Flugblatts, welches eine Majestätsbeleidigung enthielt, erlittene zweijährige Gefängnisstrafe mit ihren körperlichen und seelischen Qualen ihn unrettbar für den Tod gereift. Das Urteil, gefällt in der Vera des Sedans-Sturzes 1896, das für einen gefundenen kräftigen Mann zwei Jahre Freiheitsverlust bedeutete, hätte, ist für ihn zum Todeurteil geworden, der Buchstaben des Gesetzes und der Buchstaben des Gefängnisreglements haben dem Weib den Gatten, den Kindern den Vater, der Partei einen ihrer bravsten Genossen hinweggemacht. 20 Monate lang unterlag sein schwacher, kranker Körper der ungeeigneten und unzureichenden Gefängnisloft, dann trat infolge häufigen Lungenblutens eine solche Schwächung ein, daß eine drei Monate lange Strafunterbrechung sich als unumgänglich nötig erwies. Krank, gebrochen, mit dem Zeichen des Todes beschriftet, verbüßte er den Rest seiner Strafe: nach seiner Entlassung suchte er den Sommer über Erleichterung seiner Leiden in Friedrichshagen, dann ging er auf mehrere Monate nach Südtirol, aber alle Sorge und Mühe seiner Frau, alle Hilfe der Genossen konnten den Fortschritt des Proletarier-Erleidens nicht aufhalten; einer unserer besten ist mit ihm dahingegangen. Schon unter dem Sozialistengesetz, unter den schwierigsten und gefährlichsten Verhältnissen, trat er als thätiger Genosse für die Partei ein; aber auch auf gewerkschaftlichem Gebiet that er mehr als seine Schuldigkeit; Mitglied verschiedener Kommissionen, wurde er 1894 Vorsitzender der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Bandes und gleichzeitig vertrat er die Interessen seiner Kollegen als Arbeiterbeisitzer am Gewerbegericht. Nun trauern neben den Genossen und Freunden zwei unmündige Kinder mit ihrer Mutter um den Toten, dem die Parteigenossen ein bleibendes ehrendes Andenken bewahren. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleibung der Redakteure des Lübecker Amtsblattes wurde Genosse Reich vom Lübecker Volksboten vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Auf eine Freiheitsstrafe wurde trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Beklagten erkannt, weil „Geltstrafe doch voraussichtlich von der Parteikasse bezahlt würde.“

Münchener grober Unfug. In München spukt immer noch die selbige Buchhausvorlage. Bekanntlich wurden seiner Zeit fünf Parteigenossen (Eduard Schmid und Genossen) vom Amtsgericht I zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie die Buchhausvorlage ein Schandgesetz genannt haben. Vom Berufungsgericht wurden sie freigesprochen. Das Oberlandesgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache ans Landgericht zurück, worauf sie von diesem zu der anfänglichen Strafe verurteilt wurden. Bald danach wurden zwei andere Parteigenossen wegen derselben Sache beim Amtsgericht München II freigesprochen. Auf Berufung des Staatsanwalts hatte am Mittwoch das Landgericht München I über die Sache zu entscheiden. Dies verwarf die Berufung des Staatsanwalts und bestätigte das freisprechende Urteil. Nun wird jedenfalls der Staatsanwalt Revision einlegen, das Oberlandesgericht wird das Urteil aufheben und dann wird das Landgericht verurteilen. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Ein **Maurerausstand** ist in Elbing ausgebrochen. 50 Maurer arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, 150 sind abgereist, 90 sind noch im Streik. Ihre Zahl verringert sich noch durch Abreise —

Die **Textilarbeiter** in Segelbach bei Kolmar sind den Ausstand getreten. —

In Frankfurt a. M. traten etwa 1000 Arbeiter der **Holzindustrie** (Schreiner, Bantischler, Tischler in Maschinenarbeit) in den Ausstand. Davon haben einhundert die Arbeit zu den bewilligten neuen Bedingungen wieder aufgenommen, etwa 150 ledige Arbeiter sind abgereist.

Achtstundentag für lothringische Bergarbeiter Mit dem 1. d. Mts. hat die neue (deutsche) Gesellschaft, die die Spittel-Karlinger Kohlengruben in Lothringen übernimmt, hat freiwillig für ihre Arbeiter den Achtstundentag eingeführt. Die tägliche Arbeitszeit wird, wie in Westfalen in drei Schichten eingeteilt: von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags, von da bis 10 Uhr abends und von da bis 6 Uhr morgens. Bei dieser kurzen Arbeitszeit soll eine neue Lohnberechnung in Kraft treten, die eine Erhöhung des Verdienstes bezweckt; danach soll jeder Bergmann durchschnittlich 5 Mark pro Tag verdienen. —

Ausland.

In Ungarn bereiten sich neue **Feldarbeiterstreik** vor. Der Telegraph berichtet: Zombor, 7. Mai. Im Bezirk Miskolc verweigern die Feldarbeiter wegen Nichtbewilligung der von ihnen verlangten Lohnerbhöhung die Arbeit. Miskolc ist infolgedessen nach dort abgegangen. —

Gerechtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Wegen **Untererschlagung** und **Beihilfe** dazu wurden **Vernichtung** von Urkunden und angeklagt: 1. der frühere Kassierer **Ottomar Burgdorff** aus Sangerhausen, geb. 1861; 2. der Zimmer- und Maurermeister **Ernst Rückert** geb. 1850. Burgdorff war seit 1886 bei der hiesigen Bau- und gewerkschaftsgenossenschaft angestellt, hatte den gesamten Rechnungsvorkehr unter sich und führte die Kasse. In Bezug bezog er Anfangs 1200 Mark, zuletzt 3000 Mark. Er hatte geständig seit dem Jahre 1896 in sechs Fällen insgesamt 1305.10 Mark Erlös für eine ausgelookte Stadtblaufzinsen und Abrechnungsummen unterschlagen und für sich verbraucht. Burgdorff räumt auch ein, noch weitere 1603.78 Mark unterschlagen zu haben, hinsichtlich deren aber die Verjährung eingetreten ist. Nach seinen Angaben hat der inzwischen verstorbene Vorsitzende der Berufsgenossenschaft, **Niemann**, häufig Geld für sich aus der Kasse entnommen und verausgabt, ohne Rückzahlung zu leisten. Auf diese Weise soll die Genossenschaft bis zum Jahre 1895 um über 40 000 Mark geschädigt worden sein. Burgdorff mußte auf Anweisung von Niemann die Buchungen unterlassen, die von ihm dadurch geleistete Beihilfe zu den Unterschlagungen ist aber verjährig. Im April 1895 gab er ferner an Niemann aus der Kasse 3654.84 Mark, die dieser ebenfalls für sich verbrauchte und die Burgdorff nicht buchte. Dem stellvertretenden Vorsitzenden Rückert, der am 28. Mai 1897 zum Vorsitzenden der Berufsgenossenschaft gewählt wurde, will Burgdorff im Jahre 1896 als er mit pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen hatte einmal 27 000 Mark und das zweite Mal 30 000 Mark aus der Kasse hingegeben haben, die nicht wieder zurückgestellt worden. Burgdorff behauptet, er habe auf Anweisung von Rückert falsche Buchungen machen müssen, um die Unterschlagungen zu verschleiern. Rückert habe ihm Gutscheine ausgestellt, diese aber, im Jahre 1897 eine Revision der Kasse durch das Reichsversicherungsamt stattfand, auf seinen Wunsch zurückgehalten und dann vernichtet, um ihm den Beweis zu entziehen, daß er aus der von ihm verwalteten Kasse Geld an Rückert gegeben habe. Letzterer stellt in Abrede, jemals Geld von Burgdorff für sich erhalten und Gutscheine gegeben zu haben. Burgdorff behauptet dagegen, Rückert habe außerdem im Jahre 1890 noch öfter Gelder gegen Gutscheine aus der Kasse empfangen, die er später zurückzahlte. Nach der Verhaftung von Burgdorff wurde auch in seiner Wohnung ein Guthaben gefunden, der lautet: „Gut für 4000 Mark. Magdeburg den 11. Oktober 1891. E. Rückert.“ Der Angeklagte Rückert erkennt seine Unterschrift unter dem Schein an, erklärt aber, er habe wiederholt als stellvertretender Vorsitzender der Genossenschaft **Blanquetis** für Kassenabrechnungen

und eines der größten Naturwunder der neuen Welt, ist der **Wald** gefallen, wenn nicht der Staat Kalifornien oder die amerikanische Regierung rasch einschreite. Dieser **Hain**, der in der Nähe von Stanislausflusse nahezu fünftausend Fuß über dem Meere in der Sierra Nevada liegt, enthält auf einem Areal von wenigen (englischen) Quadratmeilen dreihundertzig der gewaltigen Mammutfichten (*Wolltonia gigantea*) und außerdem noch mehr als hundert riesige Eichen und Zuckerkiefern; 31 der ersteren sind über 300 Fuß hoch und messen in Manneshöhe bis 60 Fuß im Umfange. Unzählige Trossen aus allen Theilen der Welt haben schon in Erfahrung zu ihnen aufgeschaut. Und jetzt sollen diese Rieser, deren Verlust unerträglich auf das Gedeihen eines rücksichtslos Holzschändlers — der **Baude** Robert Whitehead aus Duluth, Minn. — der einen jenen Hain einschließenden riesigen Waldkomplex gekauft hat, vernichtet werden. Sie bemühen sich die zwei kalifornischen Universitäten und einige Privatleute Geld aufzubringen, um den Hain Whitehead abzukaufen und Behörden zu veranlassen, den Calaveras-Hain vor diesem Wandalismus zu schützen, bis das Geld beisammen ist. —

Seiters.

In **Unna el Barakat** wurden auf einem alten Friedhof einbalsamierte **Krokodile** gefunden, deren Leiber mit **Baphrosol** ausgefüllt waren. Ein neuer Beweis für den hohen Grad der Kultur bei den alten Ägyptern! Bei ihnen waren schon vor mehreren tausend Jahren die Krokodile so weit, wie bei uns erst jetzt die Stube (siehe die modernen Krokodile heute die Professoren ihren Wert an sie behaupten, die letzteren seien noch unverbautlicher. (Kladderad.)

Das **Germanische Museum** auf der **Sieme** in einem kleinen Nest der Pfalz war ein historischer Fund gemacht worden. Der Direktor des Germanischen Museums in Nürnberg ließ davon ein großes Interesse in der Zeitung, und da ihm dies eine gute Gelegenheit für das Museum zu sein scheint, so geht er sich kurz entschlossen die Bahn und fährt hin. Dort angekommen, geht er stracks zum Bürgermeister und beginnt sein Anliegen, indem er sich zunächst stellt: „Mein Name ist M. M., Direktor vom Germanischen Museum in Nürnberg.“ — „Ja, lieber Mann,“ unterbricht ihn da ein die Kräftigkeit, „ja daß ihm sehr leid, mehr hawwe awwer schen a Krüssel, e Schießbüch, e Riesebaum un e Affe- und Hundebau un jetzt komme Sie zwaa Tag vor der Herb mit Ihrem Germanischen Museum!“

Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Delbehälter der Bachmayer'schen Dynamomaschine in der deutschen Abteilung der Elektrizitätsgalerie auf dem Marsfelde mit Sand gefüllt. Glücklicherweise wurde der Unfallschaden rechtzeitig entdeckt. Die Maschine hat 1500 Pferdekraft und ein Gewicht von 36 000 Tonnen. Der Thäter ist zweifellos ein Fachmann gewesen, denn er mußte schwierige Abschraubungen vornehmen, um zum Delbehälter zu gelangen. Die Bachmayer'sche Maschine sollte zur elektrischen Beleuchtung des Hauptportals dienen, welche man am Sonntag zum ersten Male in Funktion setzen wollte. — Das Nachfest, welches am Sonntag in der Weltausstellung stattfinden sollte, mußte infolge Defektes an der Maschine für die Elektrizität ausfallen. Trotzdem war der Menschenandrang sehr bedeutend, man beleuchtete ersatzweise mit Gas. — Die Wessler von Kostbarkeiten, die auf der Weltausstellung figurieren, sind zum Teil ungehalten darüber, daß die Direktion zu wenig Achtung für den Sicherheitsdienst. So hat der ungarische Kommissar den vollständigen und eingeweihten Palast am Quai d'Orsay wieder schließen lassen, weil darin Kunstschätze und geschichtliche Merkwürdigkeiten von großem Werte enthalten sind, deren Bewachung ihm ungenügend erschien. Der Kommissar will zuerst sein eigenes Personal vervollständigen, da er auf dasjenige der Direktion nicht rechnen kann. Ein Pariser Juwelier leistete selbst den Beweis, daß seine Ausstellung im allgemeinen Palaste des Marsfeldes ungenügend bewacht werde, indem er mit zweien seiner Arbeiter am hellen Tage seinen Glasschrank erbrach und die meisten Juwelen in einem großen Sacke forttrug. —

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonntag, den 29. April, tagte im „Dreifässerbund“ eine öffentliche Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Personen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Vertrauensmann Kollege St. seinen Vierteljahresbericht. Derselbe wurde für richtig befunden und dem Kollegen St. Decharge erteilt. Zum 2. Punkt hielt Genosse Max Thomas einen Vortrag über Staat und Kommune. Derselbe wurde von der Versammlung beifällig angenommen. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. „Die heute Sonntag, den 29. April, im „Dreifässerbund“ tagende Versammlung der städtischen Arbeiter, erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Thomas einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Stärkung des Verbandes durch unangeführte Agitation zu betreiben und die hier am Orte erscheinende Arbeiterpresse mit allen Kräften zu unterstützen.“

Zum Punkt „Krankenkassenangelegenheiten“ wurde nach lebhafter Diskussion ein Antrag angenommen, in nächster Zeit eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Ferner wurde beschlossen, das 2. Stiftungsfest der Filiale I am 12. Mai zu besuchen. Ein Antrag, dem Vertrauensmann für seine Thätigkeit eine Vergütung zu gewähren, wurde abgelehnt. Nachdem noch die Unterstützungsfrage des Kollegen W. ihre Erledigung gefunden, konnte um 11 Uhr die gut besuchte Versammlung geschlossen werden. —

Eine stark besuchte öffentliche Formerversammlung tagte am Sonntag nachmittag im „Thalia“ mit der Tagesordnung: Die Arbeitsverhältnisse in der Gießerei der Budauer Maschinenfabrik (M.-G.). Kollege Voss, zum Vorsitzenden gewählt, giebt zunächst eine Einleitung, dabei die traurige Verhältnisse hervorhebend, die sich die „Alte Bude“ durch die daselbst herrschenden Mißverhältnisse erworben hat. Dieses wurde geandert und darum begrüßte er es, daß die Formier hier endlich Stellung nehmen. Und nun folgten die verschiedenen Medner, trugen ihre Klagen vor und erwarteten durch ein energisches Vorgehen deren Abhilfe. Die Versammlung einigt sich zum Schluß dahin, daß noch einmal die Kommission bei der Firma vorstellig werden soll. Besonnt diese einen ablehnenden Bescheid, dann sollen weitere Schritte von den Vorständen der beiden in Frage kommenden Organisationen angeordnet werden. Unter allen Umständen erwartet die Versammlung ein solbhartes Verhalten der übrigen Arbeiter Magdeburgs.

Briefkasten.

Neuhalbendleben - Wolmirstedt. Bau Gr. Diesdorferstraße 1,10. — Durch Steph. Dörre - Dvenstedt 10,00. — Durch Carl Hochbaum, Dlv. 1,00. — W. Herbst, Dvenstedt 1,10. — Wb. Schulze 3,00. — Von Aug. Hoppe, Dvenstedt 0,50. — Dlv. F. 1,00. — Otto Herbst 0,50. Sozialdemokratischen Gruß. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 6. Mai. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 184 Rinder einschl. 49 Bullen, 266 Kälber, 80 Schafvieh zc., 802 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 33—34,50 Mk., b) junge fleischige 30—32 Mk., c) mäßig bis gut genährte 27—29 Mk., d) gering genährte 25—27 Mk. Bullen: a) vollfleischige 30—31, b) mäßig bis gut genährte 27 bis 29 Mk., c) gering genährte 25—27 Mk. Färsen und Kälber: a) vollfleischige Färsen 28—30 Mk., b) vollfleischige Kälber 25—27 Mk., c) ansgenährte Kälber 23—24 Mk., d) mäßig genährte 22—23 Mk., e) gering genährte 20—21 Mk. Kälber: a) feinste Mast 42—47 Mk., b) mittlere 35—42 Mk., c) geringe 28—34 Mk., d) ältere, gering genährte 26—32 Mk. Schafvieh: a) Mastlamm und jüngere Mastlammel 29—32 Mk., b) ältere Mastlammel 25—28 Mk., c) mäßig genährte 20—24 Mk. Schweine: a) vollfleischige 46—47 Mk., b) fleischige 45—46 Mk., c) gering entwickelte 44—45 Mk., d) Sauen und Eber 36—40 Mk. bei 40—50 Pfd. Tara das Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara, Tendenz: Rinder und Schweine flau; Kälber und Schafe flott. Ueberstand: 75 Rinder, — Kälber, — Schafe, 110 Schweine. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Fier, Gger, Masbau.		Inkrut und Saale.		Milde.		Eibe.		Havel.		Ober.	
Jungbunzlau	6. Mai + 0,58	7. Mai + 0,57	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Saun	„ + 0,32	„ + 0,30	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
Budweis	„ + 0,40	„ + 0,36	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04
Prag	„ + 0,96	„ + 0,88	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08	0,08
Straußfurt	7. Mai + 1,20	8. Mai + 1,25	—	0,05	—	—	—	—	—	—	—
Trotha	„ + 1,84	„ + 1,80	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—
Alleben	„ + 1,70	„ + 1,72	—	0,02	—	—	—	—	—	—	—
Bernburg	„ + 1,34	„ + 1,32	0,02	—	—	—	—	—	—	—	—
Salbe, Oberpegel	„ + 1,56	„ + 1,56	—	—	—	—	—	—	—	—	—
do. Unterpeg.	„ + 1,86	„ + 0,86	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deßau	7. Mai + 0,88	8. Mai + 0,80	0,08	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittelelbe	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Barbubitz	6. Mai + 0,97	7. Mai + 0,86	0,11	—	—	—	—	—	—	—	—
Branitz	„ + 1,45	„ + 1,48	—	0,03	—	—	—	—	—	—	—
Meinitz	„ + 1,10	„ + 1,00	0,10	—	—	—	—	—	—	—	—
Veitmeritz	„ + 0,88	„ + 0,80	0,08	—	—	—	—	—	—	—	—
Außig	7. „ + 1,39	8. „ + 1,35	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	„ — 0,04	„ — 0,11	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—
Torgau	„ + 2,42	„ + 2,33	0,09	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	„ + 2,86	„ + 2,84	0,02	—	—	—	—	—	—	—	—
Hofbau	„ + 2,42	„ + 2,39	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—
Harz	„ + 2,74	„ + 2,68	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönebeck	„ — 2,55	„ — 2,50	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	„ + 2,20	„ + 2,16	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—
Tangermünde	7. „ + 3,26	8. „ + 3,21	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberge	„ — 3,09	„ + 3,02	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—
Dömitz, Babel	„ + 2,92	„ + 2,78	0,14	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauenburg	„ + 3,63	„ + 2,88	0,75	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	6. Mai + 2,52	7. Mai + 2,47	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—
do. Oberpegel	„ + 2,21	„ + 2,23	—	0,02	—	—	—	—	—	—	—
do. Unterpegel	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mathenow	„ + 2,10	„ + 2,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
do. Oberpegel	„ + 1,77	„ + 1,77	—	—	—	—	—	—	—	—	—
do. Unterpegel	„ + 3,40	„ + 3,32	0,08	—	—	—	—	—	—	—	—
Havelberg	„	„	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pofel	6. Mai + 3,18	7. Mai + 2,70	0,48	—	—	—	—	—	—	—	—
Brieg Oberpegel	„ + 5,24	„ + 5,50	—	0,26	—	—	—	—	—	—	—
do. Unterpegel	„ + 3,48	„ + 3,06	—	0,42	—	—	—	—	—	—	—
Breslau Oberpeg.	„ + 5,20	„ + 5,48	—	0,28	—	—	—	—	—	—	—
do. Unterpegel	„ + 0,34	„ + 1,00	—	0,66	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	„ + 2,15	„ + 2,08	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—
Kärbin	„ — 2,01	„ + 1,85	0,16	—	—	—	—	—	—	—	—

Wenn sie **Geld sparen wollen** nehmen Sie statt der teuren Naturbutter **Jurgens & Prinzen's „SOLO“** -Margarine. **Überall käuflich!** Stets frisches Lager bei: **Emil Hevemeyer & Co., Magdeburg, Victoriastrasse 9.**

O wie herrlich füllen meine **Mandarinen-Halbdauern** Pfd. 2,35, zu einem Deckbett genügen 3 1/2 zu Kissen 1 1/2 Pfd. **Bettfedern und Damen** Pfd. 50, 65, 1,10, 1,85, 2,35. **Weisse** Halbdaunen 2,50, hochsein 3,00 u. 3,50. **Fertige Betten, Inletts** sehr preiswert. 1220 **A. Kirschberg** City-Hotel, gegenüb. d. Ulrichskirche. **Standesamt.** Magdeburg, 8. Mai. Geburten: Ulrich, S. des Versicher.-Mathematikers Dr. phil. Friedrich Rohde, Richard, S. des Buchhalters Rich. Schreiber, Gustav, S. des Schlossers Gustav Wilde, Eva, T. des Handlungsreisenden Georg Hoch, Richard, S. des Postboten Richard Rauy, Frieda, T. des Arbeiters Friedrich Schulze, Editha, T. des Bureaugehilfen Gustav Waffenthal, Friedrich, S. des Lageristen Heinrich Dufstein, Wilhelm, S. des Schneidermeisters Wilhelm Baumgarten, Ernst, S. des Arbeiters Andreas Lindau, Albert, S. des Buchbinders Gustav Biener, Paul, S. des Tischlermeisters Friedrich Greiner, Wilhelm, S. des Arb. Arn. Hornhof. Aufgebote: Wagenführer Friedrich Karl Dito Grube hier mit Vertha Leichmann in Oberdorf, Dachdecker Rud. Kleeblatt hier mit Beate Ulrich in Parby, Malermeister Ernst Dörfer in Leipzig mit Anna Baum hier, Malermeister Herm. Friedrich mit Emma Kirchner hier, Kupfer- schmid Georg Scheuch mit Ww. Karoline Scheuberg geb. Schmidt gen. Perl hier, Handlungsreis. Ernst Uhlig mit Gertrud Witte hier, Hilfsheizer Oskar Bedmann hier mit Vertha Prieme in Neustadt, Schmied Otto Ruff mit Auguste Ribbe in Fernersleben, Materialwarenhändl. Friedr. Heinrich Hermann Schrabner in Höttingen mit Ida Mathilde Schulze in Gr.-Münneßleben, Restaurat. Richard Wolff in Leipzig mit Marie Honauer hier. Eheschließungen: Rfm. Corresp. Herm. Waetge mit Margarete Frehe hier, Barbierherr Franz Girmann mit Frieda Schwarz hier, Lagerist Otto Raute mit Ehe Steffens hier, Schiffsheizer Hermann Lamprecht hier mit Marie Reumann in Stendal, Schlosser Friedrich Schneider hier mit Anna Ebel in Gr.-Salze. Todesfälle: Arthur, S. des Arb. Heinrich Biehm, 7 M. 24 T. 9 Wd. Stappendeb, ehem. Hufschmied, 40 J. 9 M. 12 T. Gust. Generowitsch, Kaufm., 24 J. 4 M. 13 T. Martha, T. des Arb. Herm. Kaufholz, 6 J. 9 M. 22 T. Hermann Rohde, Bierzapfer, aus Burg b. W. 44 J. 8 M. 10 T. Eudenburg, 8. Mai. Aufgebote: Fabriklenepner Oskar Ulrich Walter Kaller mit Anna Marie Luise Flugge hier, Schlosser Karl Georg Harning mit Margarete Marie Theresia Schäfer hier, Arb. Karl Rud. Böhlcke mit Dorothea Sophie Hohmann hier. Eheschließungen: Handelsmann Ernst Müller in Parby mit Emma Luther geb. Oberberg h. Fabriktschloß, Karl Wilhelm mit Minna Wiemann hier, Arbeiter Herm. Schulze mit Ida Weidner hier.

Geburten: Efriede, T. des Eisen- Arbeiter August Bänker, Ernst, S. des Eisenb.-Hilfsweihenstellers Otto Bussler, Robert, S. des Arb. Ferdinand Schlegel, Minna, unehel. Todesfall: Gutsputer Franz Gebhardt, 46 J. 9 M. 9 T. **Buckau, 8. Mai.** Aufgebote: Arbeiter Karl Otto Müller hier mit Minna Kleinloff in Salzwedel. Geburten: Charlotte, T. des Jungs Karl Schläufen, Hedwig, T. des Malers Friedrich Koch. **Neustadt, 7. Mai.** Eheschließungen: Arb. Wilhelm Hermann mit Anna Sengewald, Schuhmacher Hermann Gwe mit Minna Hied, Geburten: Karl, S. des Arb. Max Westphal, Max, S. des Arb. Wilh. Köhler, Kurt, S. des Wärders Karl Küfer, Wilhelm, S. des Leberjärbers Otto Klaus, Margarete, T. des Zimmermanns August Schumann. **Vom 8. Mai.** Aufgebote: Maurer Richard August Hermann Kriemier mit Maria Saermann, Eheschließungen: Maler Moritz Böhme mit Emma Gössel. Geburten: Paul, S. des Straßenbahnarbeiters Hermann Jacobs, Anna, T. des Arbeiters Karl Styr, Walter, S. des Töpfers Joh. Riß, Luise, T. des Zimmermanns Fritz Windberg. Todesfälle: Wwe. Süß, Eißelgeb. Märl, 73 J. 11 M. 27 T. Ww. Konstabel, Sophie, geb. Giffert, 73 J. 5 M. 26 T. **Burg, 5. Mai.** Eheschließungen: Kaufm. Joh. Böder mit Frieda Steinbecker hier, Rechnungsbeamter Bernhard Oskar Gregor Weinlich in Magdeburg mit Marie Auguste Haupt hier, Maler Valentin Wilhelm Kolbig mit Wwe. Minika Gächel, geb. Schwarz, Tischler Aug. Weinide mit Marie Anna Barlich. Geburten: Tochter des Hauswirts Gottlieb Brettschneider, Tochter des Schuhm. Bauers Paul Schente. Todesfälle: Witwe des Bankiers Friedrich Wellenkamp, Emilie geb. Stein, 60 J. 5 M. 14 T. Adolf, S. des Pader Adolf Bremer, 9 M. 22 T. **Vom 4. Mai.** Geburt: Tochter des Arbeiters D. Pfeiffer. **Vom 7. Mai.** Aufgebote: Arbeiter Friedrich August Adolf Frey mit Marie Anna Bialu hier, Arbeiter Johann Friedr. Ferdinand Kretsch mit Auguste Marie Ernst hier, Weißgerber Ernst Paul Raab in Emma Marie Wrenns, Geburten: Tochter des Böttchers Gustav Böttcher, Tochter des Sergeanten May Steinide. Todesfälle: 2. Mai: S. des W. Otto Albrecht, 2 M. 25 T. Anna, T. d. Wilhelm Meisenberg, 7 M. 13 T. Ehef. des Dachdeckers Otto Eingitber, Mar. geb. Polke, 34 J. 7 M. 7 T. **Neuhalbendleben.** Aufgebote: Pantinenfabrikant J. S. Zahle in Burs mit E. Lamm hier, Geburten: 2. Mai: Apotheker Bodenstab eine Tochter, 5. Mai: Steigutdreher D. G. Delze ein Sohn, 2. Mai: Arbeiter W. A. Regener ein Sohn. Todesfälle: 3. Mai: W. Sohn d. Müllers u. Hand Schuhbrenners C. Dann 1 M. 13 T. 5. Mai: G. Sohn d. Steingutdrehers D. Delze, 7 Stunden.

Burg Markt 13 **Burg** **A. Lagemann's Nachf.** (Inh.: Franz Berndt) **Möbel- und Sarg-Magazin** Olvenstedterstraße 25 empfiehlt 1185 reichhaltiges Lager aller Art

Möbel und Polster-Waren in sämtlichen Holzarten. **Coulante Bedienung.** **Prompte Lieferung und Ausführung.** **Teilzahlung gestattet.** **Eigene Polster- und Reparatur-Werkstatt.** **Kinderwagen, Leiterwagen Sportwagen zc.** sehr billig bei 883 **Fritz Prager** Buckau, Schneebekerstraße 24; Eudenburg, Breitenweg, gegenüber der Post; Wilhelmshab, Gr. Diesdorferstr. 31, Ede Annast.

Aur- und Bade-Anstalt Burg. **Möbel in jeder Hohart** Burg. **Polsterwaren, Särge.** Magdeburg, Gr. Schaiß. 4. **M. Stollberg** 1222 **H. Fröhbrodt.** Breitenweg 7 und Nachstraße 5. **Wollen Sie eine großartig schöne Cigarre rauchen, ohne gerade viel Geld auszugeben, dann probieren Sie einmal meine Triumph-Cigarre.** Dieselbe kostet nur **per 1000 Stück 50 Mark, per 100 Stück 5 Mark** und um auch dem weniger Bemittelten den Genuß einer so hochwertigen Cigarre zu ermöglichen, verkaufe ich sie auch im einzelnen **das Stück zu 5 Pfennig.** Das ist ein Ereignis. Das ist eine Offerte, die niemand unberücksichtigt lassen soll. Die Cigarre ist nur bei mir zu haben. **A. Biermann** 1221 **Kaiserstraße 20, Magdeburg, Kaiserstraße 20.**

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.